

mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**
FÜR ENTSCHEIDER IN
WIRTSCHAFT UND POLITIK

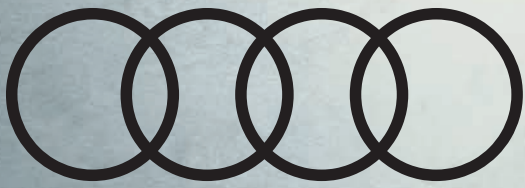
02
2026

JUNI 2026
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873

A portrait of Ministerpräsident Sven Schulze, a middle-aged man with short brown hair, wearing a blue suit, white shirt, and dark tie. He has his arms crossed and is looking directly at the camera. A small German state emblem is visible on his lapel.

**„BEI UNS LAUFEN
VERFAHREN OFT
SCHNELLER ALS
ANDERSWO.“**

**MINISTERPRÄSIDENT SVEN SCHULZE
ÜBER WIRTSCHAFT, WACHSTUMSPOTENZIALE
UND DIE LANDTAGSWAHLEN IN SACHSEN-ANHALT**



Bereit für mehr.

Jetzt Angebot bis 30.06.2026² sichern.



ab **569 €**
pro Monat zzgl. MwSt.

Für Businesskunden¹: der Audi A6 Avant e-hybrid quattro 220 kW*.

*Kraftstoffverbrauch (gewichtet kombiniert): 2,3 l/100 km; Stromverbrauch (gewichtet kombiniert): 15,3 kWh/100 km; CO₂-Emissionen (gewichtet kombiniert): 53 g/km; CO₂-Klasse (gewichtet kombiniert): B; Kraftstoffverbrauch bei entladener Batterie (kombiniert): 6,9 l/100 km; CO₂-Emissionen bei entladener Batterie: 156 g/km; CO₂-Klasse bei entladener Batterie: F

Ausstattung: 5-Doppelspeichen-Leichtmetallfelge 19", Sonnenschutzverglasung abgedunkelt, LED-Scheinwerfer, Doppelspeichen-Lederlenkrad mit Multifunktion und Schaltwippen, Audi virtual cockpit plus, Außenfarbe Gletscherweiß Metallic, u.v.m.

Leistung:	220 kW (299 PS)
Vertragslaufzeit:	48 Monate
Jährliche Fahrleistung:	10.000 km
Sonderzahlung:	0 €

Ein Angebot der Audi Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Straße 57, 38112 Braunschweig, für Businesskunden. Zzgl. Auslieferungskosten und MwSt. Bonität vorausgesetzt. Gültig bis zum 30.06.2026². Aktion nur gültig bei Zulassung bis 31.12.2026. Nur bei teilnehmenden Audi Partnern. Etwaige Rabatte bzw. Prämien sind im Angebot bereits berücksichtigt.

¹Zum Zeitpunkt der Bestellung muss der Kunde der berechtigten Zielgruppe angehören und unter der genannten Tätigkeit aktiv sein. Zur berechtigten Zielgruppe zählen: gewerbetreibende Einzelkunden inkl. Handelsvertretern und Handelsmaklern nach § 84 HGB bzw. § 93 HGB, selbstständige Freiberufler / Land- und Forstwirte, eingetragene Vereine / Genossenschaften / Verbände / Stiftungen (ohne deren Mitglieder und Organe). Wenn und soweit der Kunde sein(e) Fahrzeug(e) über einen gültigen Konzern-Großkundenvertrag bestellt, ist er im Rahmen des Angebots für Audi Businesskunden nicht berechtigt.

²Verlängerung oder vorzeitige Beendigung vorbehalten.

Hinweis: Die gezeigte Umgebung ist KI-generiert.

Businessangebot sichern unter
www.audi.de/business





10

MIT:KOLUMNE

von Daniel Zwick:

Mehr Fortschritt wagen 8**MIT:REPORT****Chance für den deutschen Mittelstand 10**

Blockchain und Kryptowährungen

MIT:REPORT**Entwaldungsverordnung ante portas 22**

Kommt nun die Lieferkette im Quadrat? Wie die EUDR den Mittelstand kahl schlägt



22

MIT:REPORT**Der Spuk ist vorbei 27**

Aus dem Bürgergeld wird die neue Grundsicherung. Hier erklären wir, was jetzt besser wird.

MIT:INTERVIEW**„Ich arbeite dafür, dass Sachsen-Anhalt politisch stabil bleibt“ 16**

Im Gespräch mit Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Sven Schulze

16





MIT:NAMENSBEITRAG

Neue Impulse für Deutschlands Außenwirtschaft

30

Namensbeitrag von Thomas Bareiß

MIT:FAKTEN

5-7, 9

Gemischte Innovationsbilanz | Stabile Homeoffice-Quote | Beschäftigungsmotor Mittelstand | Ringen um Erträge durch KI-Anwendung | Frauen als Führungskräfte in jedem dritten Unternehmen | Risikofaktor Cybercrime | Solider Jahresauftakt für deutsche Start-ups



MIT:INSIDE

EU-Check

32

Inside-Meldungen

32

Mitgliederstatistik

34

Impressum

Herausgeber:

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch die Bundesvorsitzende Gitta Connemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Bastian Pophal

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: presse@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredakteur: Andreas Kock

Redaktion: Michael Bestgen, Dr. Christoph Sprich, Shereef Salzmann

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubg365.de
www.ubg365.de

Geschäftsführer: Jonathan Schreyer, Frank Stuch

Projektleitung: Sonja Bach-Meiers

Art-Direktion: UBG Büro Berlin

Druckauflage: 26000 Exemplare

Titelbild: Steffen Böttcher

Anzeigenverkauf: Alle Nielsen-Gebiete
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

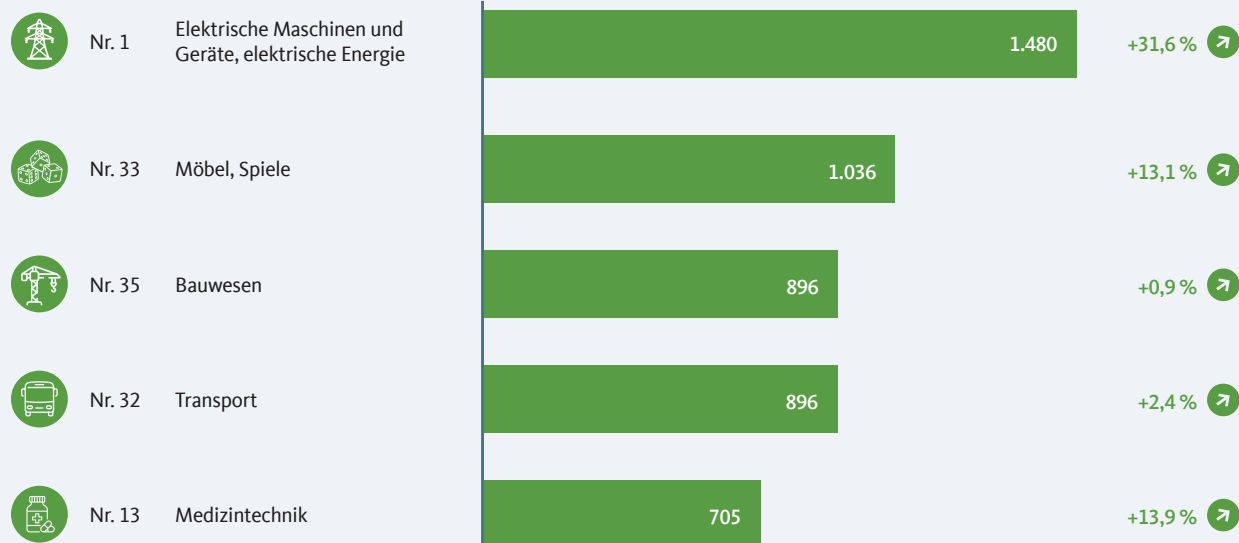
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung. © Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint viermal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gemischte Innovationsbilanz

Die Innovationsdynamik der deutschen Wirtschaft hat spürbar nachgelassen. Laut Bertelsmann Stiftung gehören nur noch 13 Prozent der Unternehmen zur innovationsstarken Spitze. 2019 war es noch rund ein Viertel. Gleichzeitig wächst der Anteil innovationsschwacher Betriebe auf fast 40 Prozent. Industrielle Kernsektoren verlieren an Gewicht, während IT und wissensintensive Dienstleister als Vorreiter nachrücken. Generell sind Unternehmen,

Forschungseinrichtungen und freie Erfinder aber weiterhin erfolgreich in Forschung- und Entwicklung und drängen auf die rechtliche Absicherung ihrer Erfolge. So legten inländische Patentanmeldungen 2025 mit plus 5,6 Prozent auf 42.349 überdurchschnittlich stark zu. Besonders dynamisch entwickelten sich Digitaltechnologien und Elektromobilität, während die Automobilindustrie erneut anmeldestärkste Branche blieb.

Patentanmeldungen 2025 – Technologiefelder



Gebrauchsmusteranmeldungen 2025
Anmeldungen beim DPMA und PCT-Anmeldungen
in nationaler Phase

Veränderung gegenüber 2024

Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt

Stabile Homeoffice-Quote

Laut der jüngsten ifo-Konjunkturumfrage arbeiteten im Februar 24,3 % der Beschäftigten in Deutschland zumindest teilweise im Homeoffice. Damit liegt der Wert leicht über dem Tiefstand von 23,4 % im August 2024, aber deutlich unter dem Höchstwert von 32,3 % im März 2021. Seit 2022 arbeitet konstant etwa ein Viertel der Beschäftigten von zu Hause. Die höchste Homeoffice-Quote weist der Dienstleistungssektor mit 34,9 % auf, besonders IT-Dienstleister (76,4 %) und Unternehmensberater (67,6 %). Im Verarbeitenden Gewerbe liegt die Quote bei 15,4 %, im Handel bei 12,6 % und im Baugewerbe bei 4,5 %.





Beschäftigungsmotor Mittelstand

Der deutsche Mittelstand bleibt auch 2025 und 2026 eine tragende Säule des Arbeitsmarkts, wenn auch mit veränderter Dynamik. Nach Jahren des kräftigen Wachstums stabilisierte sich die Zahl der Beschäftigten 2025 nahezu auf Rekordniveau (–5 000 Personen), was eine Konsolidierungsphase auf hohem Level markiert. Trotz sektoraler Unterschiede – Zuwächse in wissensintensiven Dienstleistungen (+2,8 %) gegenüber Rückgängen im Bau (–1,2 %) und Gastgewerbe (–0,3 %) – zeigt sich die Beschäftigung insgesamt robust.

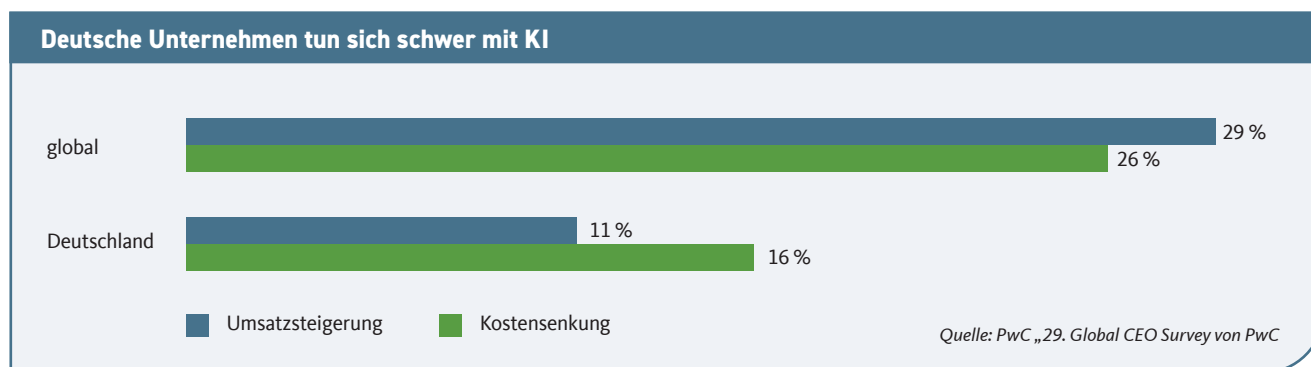
Für 2026 deuten Frühindikatoren auf eine moderate Belebung hin, getragen von Innovation, Digitalisierung

und wachsender Exportnachfrage. Der Mittelstand beweist damit seine Anpassungsfähigkeit: Viele Unternehmen investieren in Weiterbildung, Automatisierung und nachhaltige Geschäftsmodelle. Trotz Fachkräftemangels und hoher Kosten überwiegt immer noch Stabilität – der Mittelstand bleibt der Beschäftigungsmotor der deutschen Wirtschaft.



Ringen um Erträge durch KI-Anwendung

Viele Unternehmen haben Schwierigkeiten, durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz messbare Resultate zu erzielen – und deutsche Firmen noch stärker als ihre internationalen Wettbewerber. Laut einer Studie von PricewaterhouseCoopers ist die Zeit von Pilotprojekten vorbei: Erfolgreich ist nur, wer KI strategisch und ganzheitlich im Unternehmen verankert. Ein solides Fundament aus zentralen KI-Bausteinen wie Datenmanagement, gezielten Investitionen und Talentgewinnung ist entscheidend. Unternehmen, die in mindestens fünf dieser sechs Grundlagen gut aufgestellt sind, besitzen 2,3-mal höhere Chancen auf Umsatzwachstum und 1,7-mal größere Potenziale zur Kostensenkung. Die Studienautoren raten zu einem unternehmensweiten Aufbau einer tragfähigen KI-Strategie, die Technologie, Prozesse und Menschen integriert – als notwendigem Schritt, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können.



Frauen als Führungskräfte in jedem dritten Unternehmen

Im deutschen Mittelstand übernehmen Frauen zunehmend Verantwortung an der Unternehmensspitze. 2025 wurden rund 16 Prozent der 3,87 Mio. kleinen und mittleren Unternehmen – etwa 621.000 Betriebe – von einer Frau geführt. Besonders erfreulich: Immer mehr Frauen rücken auch in die Chefetagen größerer Mittelständler vor. Nach wie vor dominieren dabei Dienstleistungsbranchen, in denen 88 Prozent der frauengeführten Firmen aktiv sind. Trotz geringerer Größe stehen ihre Unternehmen dem übrigen Mittelstand in Wachstum und Profitabilität kaum nach. Insgesamt weist jedes dritte Unternehmen mindestens eine weibliche Führungskraft auf, und rund ein Viertel aller Managementpositionen ist mittlerweile weiblich besetzt. Zwar bleibt Deutschland im europäischen Vergleich noch unterdurchschnittlich, doch die stetig steigende Erwerbstätigkeit von Frauen und die zunehmende Offenheit der Betriebe lassen auf weiter wachsende Führungsanteile hoffen.

Risikofaktor Cybercrime

Cybercrime stellt für den deutschen Mittelstand eine wachsende Bedrohung dar. Durchschnittlich entstehen durch einen Angriff Kosten zwischen 15.000 und 95.000 Euro, und bis zu 90 Prozent der Unternehmen waren bereits betroffen. Laut Bundeskriminalamt umfasst Cybercrime Straftaten, die im Internet oder mithilfe seiner Technologien begangen werden. Die Bedrohungslage verschärft sich seit Jahren: Schätzten 2015 erst 34 Prozent der Firmen das Risiko eines Angriffs als hoch ein, waren es 2025 bereits 69 Prozent. Besonders Ransomware-Angriffe, bei denen Daten verschlüsselt und Lösegeld für die Entschlüsselung gefordert wird, nehmen rasant zu. Auch Phishing bleibt eine häufige Gefahr – 26 Prozent der Unternehmen erlitten

2024 dadurch bereits Schäden. Insgesamt belief sich der wirtschaftliche Schaden durch Datendiebstahl und Industriespionage 2024 in Deutschland auf rund 267 Milliarden Euro. Der Mittelstand reagiert zunehmend mit technischen Schutzmaßnahmen und Cyber-Versicherungen, die inzwischen 40 Prozent der Firmen nutzen. Cybersicherheit wird damit zu einer zentralen Zukunftsaufgabe.



Mehr Fortschritt wagen

Von Daniel Zwick

Künstliche Intelligenz ist im Alltag der Deutschen angekommen. Viele nutzen Assistenten wie ChatGPT und Claude, Microsoft Copilot zieht in alle Anwendungen ein, von Word bis Excel. Wie einst der Übergang vom Handy zum Smartphone vollzieht sich eine technologische Revolution, die weit über verspielte Anwendungen hinausreicht. Und Deutschland droht – ähnlich wie bei Smartphones – in der Rolle des Kunden zu verharren.

Während die politische Debatte von Krisen geprägt ist und die anstehenden Reformen vor allem darauf zielen, Systeme zu stabilisieren, schlagen sich grundsätzliche Veränderungen wie der Siegeszug der KI zu wenig im politischen Handeln nieder. Dabei hängt vieles mit KI zusammen, nicht zuletzt der Abbau von Arbeitsplätzen, der außerhalb des öffentlichen Sektors seit Monaten läuft. Auch die Angst vor einer fortschreitenden Deindustrialisierung lässt sich teils damit begründen: Deutsche Unternehmen drohen technologisch ins Hintertreffen zu geraten gegenüber Konkurrenten aus China oder den USA.

Risiko und Chancen liegen in der neuen KI-Welt nahe beieinander. Für die Unternehmen, seit Jahren belastet durch schwache Konjunktur und schlechte Rahmenbedingungen, ist der Strukturwandel ein enormer Kraftakt. Einige werden ihn nicht überleben. Für alle anderen kommt es darauf an, dass der Staat die richtigen Entscheidungen trifft.

Vor allem muss die Politik der Wirtschaft mehr Raum geben. Dass in Europa neue Technologien reguliert werden, bevor sie sich entfalten können, ist ab-



Daniel Zwick ist Wirtschaftsredakteur bei WELT und WELT AM SONNTAG. Er ist Volks- und Betriebswirt und berichtet aus Berlin über Wirtschafts- und Energiepolitik, Digitalisierung und Staatsmodernisierung.

surd. Der Rahmen für KI muss klar sein, aber zugleich sehr weit. Damit etablierte Unternehmen und Start-ups den Sprung schaffen, braucht es darüber hinaus viele Veränderungen – vom Arbeitsrecht über die Energie und den Kapitalmarkt bis zum Steuersystem.

Manche Bedürfnisse neuer und alter Unternehmen gehen in dieselbe Richtung: Rechenzentren brauchen günstigen Strom, Start-ups einen flexiblen Arbeitsmarkt und viel mehr Risikokapital. Reformen werden aber zu oft unter den Vorzeichen der Vergangenheit diskutiert. Maßnahmen wie der Industriestrompreis, flächendeckende Arbeitszeiterfassung oder die Ausweitung der Mütterrente unterstützen den Strukturwandel nicht.

Viel wichtiger, als Arbeitsplätze mit Subventionen am Leben zu erhalten, ist es, die Strukturen auf die Zukunft auszurichten: auf eine Industrie, die aus der Fusion von IT, Daten, KI und Mechatronik entsteht. Für deutsche

Unternehmen stecken darin große Chancen. Ihren alten Wettbewerbsvorteil, zwar teurer, aber produktiver als die Konkurrenz aus dem Ausland zu sein, könnte die Wirtschaft durch KI wiedergewinnen.

Noch ist die Hoffnung sehr verhalten. In Umfragen rechnen deutsche Unternehmer mit geringeren Produktivitätssteigerungen als ihre Konkurrenten aus anderen Ländern. Ökonomen trauen Deutschland ein Wachstumspotenzial von zusätzlich 0,5 Prozentpunkten pro Jahr durch KI zu. Das klingt wenig, würde den aktuellen Wert verdoppeln – und mehr Wachstum würde nebenbei viele politische Zwänge auflösen.

Es geht nicht um Vorschläge für die Formulierung von E-Mails oder automatisch generierte PowerPoint-Folien. Sondern um echte Produktivitätssprünge und neue Geschäftsmodelle. Das neueste KI-Model von Anthropic, Claude Mythos, hat im Internetbrowser Firefox im April 423 Fehler gefunden und repariert – mehr als die Programmierer in den 15 Monaten zuvor insgesamt. Solche Ergebnisse wird es bald auch in der Industrie geben, vom Automobilbau bis zur Medizintechnik. Alles wird künftig von Software getrieben sein.

Wenn die Jünger der KI aus den USA über die neuesten Errungenschaften schreiben, dann mit Begriffen wie „insane“ (verrückt) oder „mindblowing“ (umwerfend). Klar, das ist Werbung und typisch amerikanische Übertreibung. Aber etwas mehr Zuversicht täte Deutschland schon gut. ●

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

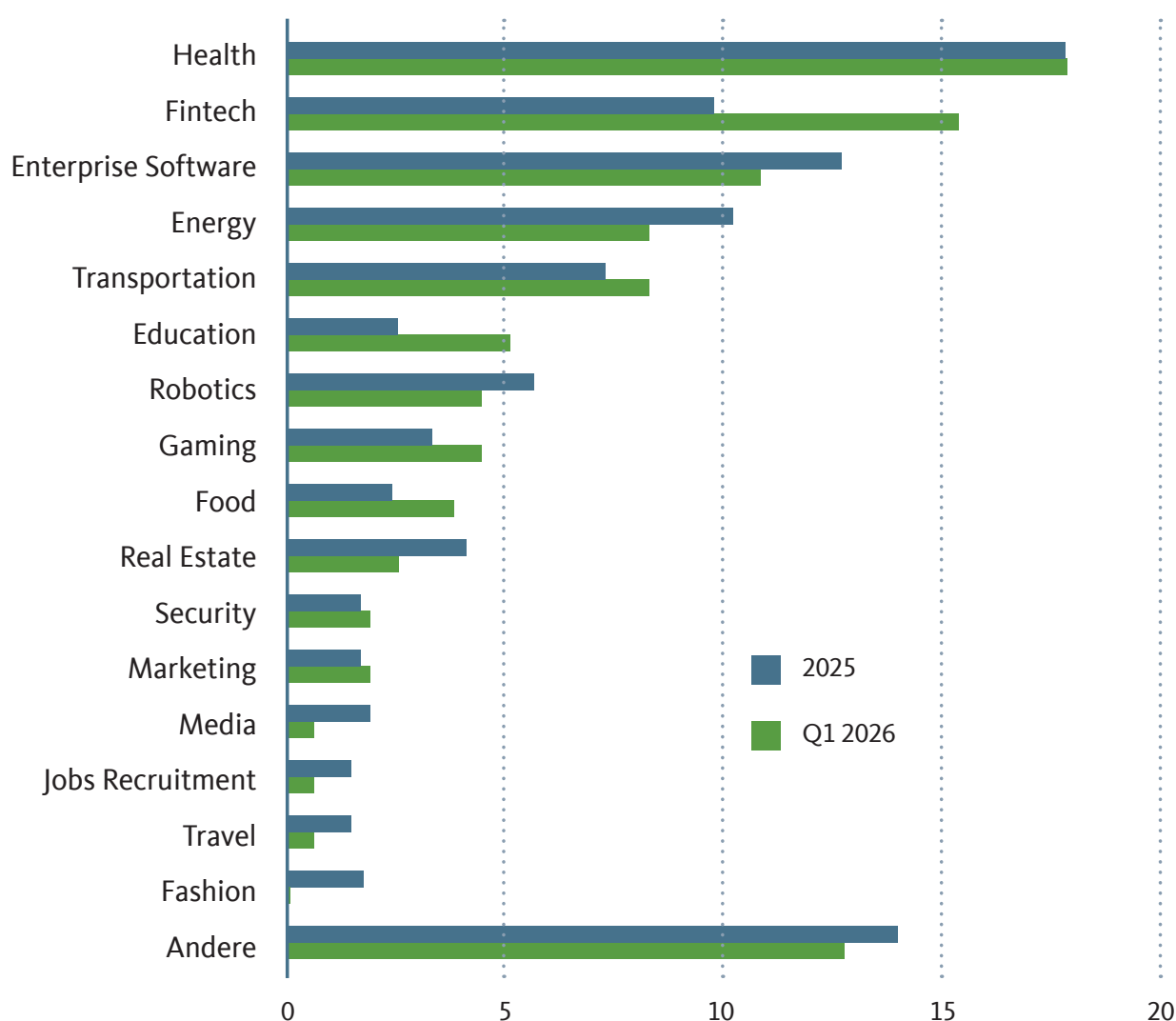
Solider Jahresauftakt für deutsche Start-ups

Deutsche Start-ups haben im ersten Quartal 2026 insgesamt 1,7 Milliarden Euro an Risikokapital eingesammelt – ein Plus von sechs Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Laut KfW war das Wachstum breit aufgestellt: „Das Investitionsvolumen war dabei nicht von einzelnen Megadeals getrieben, sondern ergab sich aus einer stabilen Entwicklung in der Breite des Marktes.“

Auffällig ist die wachsende Rolle internationaler Geldgeber. Investoren aus den USA stellten mit 34 Prozent die wichtigste Kapitalquelle dar. Bei den Geschäften, den Deals, mit der Industrie führten sektoral die traditionell starken Health-Start-ups aus den Bereichen Medical Devices, Biotech und Pharma mit 18 Prozent der Deals, gefolgt von Fintechs – Payment, Banking, Insurance und Wealth Management – mit knapp über 15 Prozent, einem höheren Anteil als im Vorjahresschnitt. Bei den Finanzierungen zog dennoch die Künstliche Intelligenz den größten Kapitalblock an: KI-Start-ups sammelten in 71 Finanzierungsrunden knapp 967 Millionen Euro ein.

Bei den Geschäften, den Deals, mit der Industrie führten sektoral die traditionell starken Health-Start-ups aus den Bereichen Medical Devices, Biotech und Pharma mit 18 Prozent der Deals, gefolgt von Fintechs – Payment, Banking, Insurance und Wealth Management – mit knapp über 15 Prozent, einem höheren Anteil als im Vorjahresschnitt. Bei den Finanzierungen zog dennoch die Künstliche Intelligenz den größten Kapitalblock an: KI-Start-ups sammelten in 71 Finanzierungsrunden knapp 967 Millionen Euro ein.

Wo deutsche Start-ups besonders aktiv sind



Quelle: Dealroom.co, KfW Research (Stand: 13.04.2026)

Health-Start-ups (Medical Devices and Platforms, Biotech, Pharmaceuticals) weisen traditionell einen hohen Anteil an der VC-Finanzierung auf. Auch im Q1 2026 stellen sie mit 18 % den größten Dealanteil in Deutschland. Fintechs (Payment, Banking, Crypto, Insurance, Wealth Management etc.) kommen mit knapp über 15 % aller Deals auf einen höheren Anteil als im Vorjahresschnitt.

A man in a dark suit and tie is holding a tablet. Overlaid on the image is a glowing blue network of nodes and lines, representing a blockchain. Various currency symbols are integrated into the network: Bitcoin (₿), Euro (€), Dollar (\$), Pound (£), Yen (¥), and others. The background features a city skyline, a bridge, and a truck. In the bottom right corner, there is a blue line graph with yellow bars.

BLOCKCHAIN UND
KRYPTOWÄHRUNGEN

Chance für den deutschen Mittelstand

Das Marktpotenzial und die Möglichkeiten zur Steigerung der Effizienz sind gewaltig. Wir zeigen, was jetzt zu tun ist

Die Digitalisierung der Wirtschaft erreicht eine neue Stufe. Industrie 4.0 und Künstliche Intelligenz sind im Mittelstand angekommen. Bei Blockchain-Technologien und Kryptowährungen stehen KMU in Deutschland häufig noch ganz am Anfang. Doch immer mehr Unternehmen erkennen und nutzen das gewaltige Potenzial dieser Technologien.

In Deutschland messen rund zwei Drittel der Unternehmen dieser Technologie eine große Bedeutung zu. Gerade in der Industrie und im Handel wird ihr Einsatz diskutiert und implementiert. In den USA ist man schon weiter. Hier arbeiten unter den 500 umsatzstärksten Unternehmen bereits 60 Prozent aktiv an Blockchain-Projekten.

Neue Perspektiven für den Mittelstand

Der Boom hat gute Gründe. Diese Technologien eröffnen einen riesigen Markt mit vielen neuen Geschäftsfeldern. Für den Mittelstand aber noch viel wichtiger: Die Blockchain kann Geschäftsprozesse grundlegend verändern.

Richtig eingesetzt, kann sie etwa Finanzierungsstrukturen erweitern, Prozesse beschleunigen und Bürokratie abbauen. Für den industriellen Mittelstand eröffnen sich damit neue Perspektiven. Das Marktpotenzial und die

Möglichkeiten zur Steigerung der Effizienz sind gewaltig. Verschiedene Schätzungen gehen von einer Verzehnfachung des Blockchain-Marktes bis 2030 auf über 400 Mrd. US-Dollar aus.

Dezentrale Datenbanken mit Schlagkraft

Die Blockchain-Technologie steht für eine neue Form der Organisation von Daten. Sie kann Transaktionen effizienter machen, Sicherheit erhöhen und Vertrauen schaffen. Eine Blockchain ist eine dezentrale Datenbank, die von vielen Computern weltweit gleichzeitig geführt wird. Informationen auf der Blockchain werden durch mathematische Verfahren in Blöcken zusammengefasst und die Datenblöcke dezentral miteinander verkettet (Blockchain). Durch die Verkettung wird die Blockchain fälschungssicher, denn kein einzelnes Kettenglied kann unbemerkt entfernt werden. Das Ergebnis sind sichere Datenbanken, die ohne einen zentralen Speicherort auskommen.

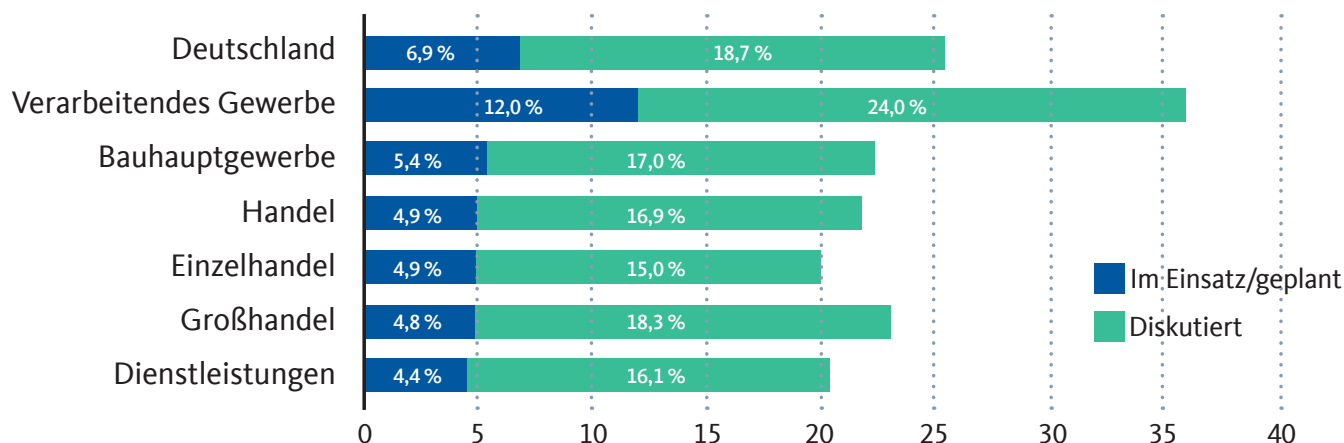
Diese Struktur bietet die informationstechnologische Grundlage für viele Anwendungen. Kryptowährun-

gen sind nur eine davon. Für mittelständische Unternehmen sind häufig andere Anwendungen der Blockchain relevant. So sind KMU, etwa als Zulieferbetriebe, oft in komplexe Lieferketten eingebunden. Sie arbeiten mit internationalen Partnern und müssen hohe Dokumentationsanforderungen erfüllen. Hier setzt die Blockchain an – mit der Perspektive, dezentrale Prozesse effizienter, sicherer und kostengünstiger zu gestalten.

Neue Investitionskreise

Mit Blockchains lassen sich Lieferketten fälschungssicher und effizient dokumentieren. Berichtspflichten können so leichter erfüllt werden. Das ist ein zentraler Hebel beim Bürokratieabbau. Ein weiterer Anwendungsfall der Blockchain ist die digitale Verknüpfung von Vermögenswerten (Tokenisierung).





Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juni 2023



Foto: Bitkom

Bernhard Rohleder,
Bitkom-Hauptgeschäftsführer

„Es braucht einen regulatorischen Rahmen, der Vertrauen schafft und gleichzeitig genug Freiraum für Innovation lässt. Steht der Rechtsrahmen, können Unternehmen Kryptowährungen sinnvoll und sicher in bestehende Prozesse integrieren.“

Das ermöglicht eine präzise Aufteilung von Investitionsobjekten in handelbare Bestandteile. So lassen sich zusätzliche Investorenkreise erschließen. Das schafft die Chance auf neue Geschäftsmodelle und ergänzt die klassische Bankfinanzierung – ein entscheidender Faktor gerade in Zeiten restriktiver Kreditvergabe. „Smart Contracts“ hingegen ermöglichen automatisierte Zahlungen unmittelbar nach Leistungserbringung. Auch die separate Zahlung kleinster Leistungen lässt sich automatisiert und kosteneffizient abwickeln. Das reduziert Zahlungsausfälle und verbessert die Liquiditätsplanung.

Kryptowährungen: Innovative Zahlungsmittel

Hinzu kommen die großen Potenziale digitaler Währungen. Sie sind ein bedeutender Anwendungsfall der Blockchain-Technik. Kryptowährungen sind ein Zahlungsmittel ohne zentrale Emissionsinstanz (wie etwa eine Zentralbank). Bekannte Beispiele digitaler Währungen sind Bitcoin oder Ethereum. Die Zahl der Nutzer von Kryptowährungen hat sich seit 2020 weltweit etwa versechsfacht.

Für den Zahlungsverkehr des deutschen Mittelstands haben Kryptowährungen bislang noch keine größere Bedeutung. Zwar eröffnet die Akzeptanz von Kryptowährungen als Zahlungsmittel zusätzliche Märkte und Zielgruppen. In Deutschland setzen aber erst zwei Prozent aller Unternehmen Kryptowährungen ein. Jedoch ist schon heute fast die Hälfte (48 Prozent) der deutschen Unternehmen davon überzeugt, dass Kryptowährungen in zehn Jahren ein selbstverständlicher Bestandteil des Zahlungsverkehrs sein werden, bei den großen Unternehmen denken das sogar fast zwei Drittel.

Zusätzlicher Finanzierungs- und Transaktionsraum

Die Boerse Stuttgart Group, ein traditioneller Finanzpartner des deutschen Mittelstands und deutscher Marktführer im Handel mit Krypto-Währungen, ist von der Zukunft der digitalen Währungen überzeugt. „Für Unternehmen entsteht ein zu-

sätzlicher Finanzierungs- und Transaktionsraum, der strategisch genutzt werden kann“, betont Matthias Voelkel, CEO der Boerse Stuttgart Group. Viele Unternehmen wünschen sich, dass Deutschland bei Kryptowährungen ganz vorn mitspielen kann.

Eine Form von Kryptowährungen, die immer größere Bedeutung erlangt, sind Stablecoins. Auch sie sind digitale Vermögenswerte, die meist auf der Blockchain-Technologie aufbauen. Doch bei Stablecoins steht die Verlässlichkeit der Werte im Vordergrund. Ihr Wert wird definiert durch die feste Kopplung jeder digitalen Währungseinheit an eine Referenzgröße – etwa den US-Dollar. Für Nutzer vereinen Stablecoins die digitale Effizienz von Kryptowährungen und die Sicherheit einer konventionellen staatlichen Währung. Die Nutzung von Stablecoins hat sich seit 2020 weltweit versiebenfacht. Ein weiterer Aspekt, der zum Wachstum der Stablecoins beiträgt: Für Staaten bieten Stablecoins die Möglichkeit einer Staatsfinanzierung, bei der Abhängigkeiten von ausländischen Gläubigern geringgehalten werden.



Foto: Boerse Stuttgart Group

Matthias H. Voelkel,
CEO der
Boerse Stuttgart Group

„Bildungsangebote und vollständig regulierte Angebote sind zentrale Voraussetzungen, um Kryptowährungen sicherer und breiter zugänglich zu machen.“

Anzeige



Erfolg.Fördern.Berlin.

wachsen mit der IBB



Wir haben die passende finanzielle Förderung, damit Dein Unternehmen wachsen kann. Kompetent, zuverlässig und mit dem Ziel, Dein Geschäft langfristig erfolgreich zu machen.

Hotline Wirtschaftsförderung: 030 / 2125-4747

ibb.de/wachsen

Klaus Wiener,
Obmann im
Bundestags-
Ausschuss für
Wirtschaft und
Energie und Leiter
der MIT-Kommis-
sion Wirtschaft
und Mittelstand

Foto: Klaus Wiener/Iustus Kersting



„Insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen stellt Rechts-sicherheit in diesem Bereich die Voraussetzung dar, um Krypto-Assets und Blockchain-basierte Lösungen überhaupt in ihre Geschäftsmodelle zu integrieren.“

Digitaler Euro: Die Antwort der EU auf private Innovation

Das starke Wachstum der Kryptowährungen hat auch Folgen für die traditionellen Währungen und für ihre Emittenten. So ist die Antwort der EZB auf die digitalen Währungen die Entwicklung eines digitalen Euro. Ziel ist es, den Bürgern ein staatlich gedecktes digitales Geld bereitzustellen und die geldpolitische Handlungsfähigkeit zu sichern. Ein digitaler Euro soll dann – zusätzlich zu den Euro-Banknoten – eine weitere Form von Zentralbankgeld darstellen. Es muss betont werden, dass die Einführung des digitalen Euros das Bargeld keinesfalls ersetzen soll. Bargeld wird auch weiterhin ein gesetzliches Zahlungsmittel bleiben.

Andere Staaten wie etwa China sind bei der Bereitstellung digitalen Zentralbankgeldes bereits weiter als die EU. Doch der digitale Euro nimmt Fahrt auf. Noch in diesem Jahr will die EU einen gesetzlichen Rahmen schaffen, bis 2029 könnte das Projekt umgesetzt werden. Für den Mittelstand ist dabei entscheidend, dass ein digitaler Euro einen echten Mehrwert bieten muss. Er darf weder das Bargeld noch Innovation im Bereich der Kryptowährungen verdrängen.

Wettbewerb zwischen privaten und staatlichen Lösungen ist notwendig, um Effizienz und Dynamik zu gewähr-

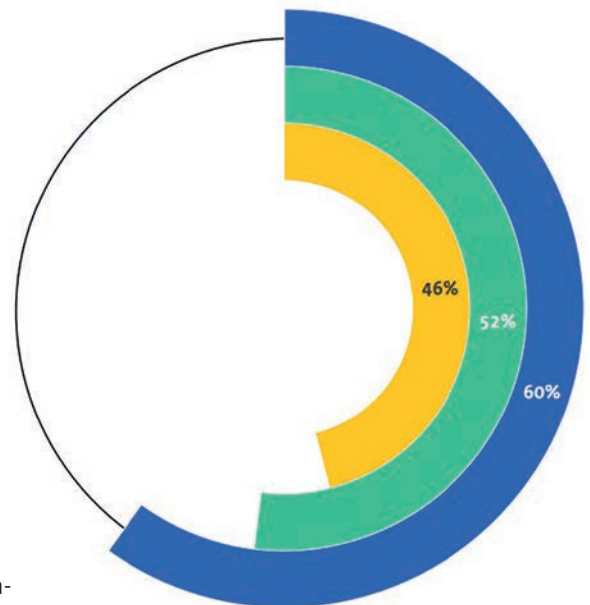
leisten. Für den Obmann im Bundestags-Ausschuss für Wirtschaft und Energie und Leiter der MIT-Kommission Wirtschaft und Mittelstand, Klaus Wiener, ist klar: „Wir begrüßen die geplante Einführung des digitalen Euros. Insbesondere mit Blick auf die Wirksamkeit der Geldpolitik sowie auf Marktstrukturen, die auch zukünftig von einem vollständigen Wettbewerb gekennzeichnet sind.“

Kompetenz, Regulierung und Energie

Trotz aller Chancen von Blockchain-Technologie, Kryptowährungen und des digitalen Euros gibt es auch große Herausforderungen zu bewältigen, wenn diese Technologien einen nachhaltigen Beitrag zu Wachstum und Wohlstand liefern sollen. Einerseits weisen diese Technologien ein hohes Maß an Komplexität auf. Entscheider und Mitarbeiter in KMU müssen hier am Ball bleiben, Aufklärung und Bildungsangebote sind notwendig. Es geht auch darum, rechtzeitig für die Ausbildung von Fachkräften zu sorgen.

Größere Unternehmen messen Krypto eine höhere Bedeutung bei

In zehn Jahren werden Kryptowährungen ein selbstverständlicher Bestandteil des Zahlungsverkehrs sein.



Quelle: Bitkom

Notwendig ist auch eine geeignete Regulierung. Die Politik muss einen politischen Rahmen schaffen und weiterentwickeln. Mit der „Markets in Crypto-Assets Regulation“ (MiCA) hat die EU bereits einen Rechtsrahmen geschaffen, der Anlegerschutz und Finanzstabilität bei digitalen Vermögenswerten stärkt. Dieser Rahmen muss weiterentwickelt werden.

Immer wieder kommt außerdem die Frage des Energieverbrauchs in den Fokus der Diskussion. Schon heute ist der Energieverbrauch bei der Erstellung von Kryptowährungen zurückgegangen. Dennoch muss sowohl für Energieeffizienz als auch für die Versorgung mit Energie Sorge getragen werden. Ohne gezielte politische Maßnahmen droht Europa gegenüber anderen Wirtschaftsregionen zurückzufallen.

Ordnungspolitische Perspektive: Forderungen der MIT

Die Debatte um Kryptowährungen ist auch eine ordnungspolitische Frage: Wie viel Regulierung ist notwendig, ohne Innovation zu ersticken? Wie lässt sich Wettbewerb sichern, ohne Risiken zu ignorieren? Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion hat dieses Potenzial in einem aktuellen Positionspapier systematisch aufgearbeitet und klare politische Leitlinien formuliert. Der MIT-Beschluss wurde unter Leitung von Klaus Wiener unter dem Titel „Potenziale von Krypto und Blockchain für den Mittelstand“ erarbeitet und vom MIT-Bundevorstand verabschiedet (siehe Tabelle rechts).

Rahmenbedingungen müssen stimmen

Blockchain und Kryptowährungen sind kein kurzfristiger Trend, sondern Teil einer strukturellen Transformation

1

Offenheit

Politik und Regulatoren müssen sich national wie europäisch offen für neue Blockchain-basierte Technologien, Produkte und Anwendungen zeigen.

2

Kompetenzen

Kompetenzen und Wissen müssen gestärkt werden. Der Mittelstand braucht niedrigschwellige Bildungsangebote, um die Technologie anwenden zu können.

3

Zuständigkeit

Ein zentraler Ansprechpartner für Blockchain im Digitalministerium ist erforderlich, um ressortübergreifend Innovation zu fördern.

4

Regulierung

Eine wettbewerbsfähige Regulierung muss politisch gewährleistet werden. EU-Regelwerke wie MiCAR müssen regelmäßig evaluiert werden, um Standortnachteile für den deutschen Mittelstand zu vermeiden.

5

Rechtssicherheit

Klare Eigentumsrechte, Insolvenzregeln und Vollstreckungsmöglichkeiten für Krypto-Assets sind unverzichtbar.

6

Datenschutz

Regulierung ist notwendig – aber wie, muss praxisnah und technologieneutral ausgestaltet werden. Sie darf die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle nicht verhindern.

7

Wettbewerb

Der Wettbewerb beim digitalen Geld muss gesichert bleiben. Der digitale Euro der EU darf nicht zu einem staatlichen Monopol führen; private Alternativen müssen bestehen bleiben.

unseres Wirtschaftssystems. Für den Mittelstand ergeben sich daraus erhebliche Chancen – aber nur, wenn die politischen Rahmenbedingungen stimmen. Die zentrale Herausforderung besteht darin, Innovation und Ordnungspolitik in Einklang zu bringen. Gelingt dies, kann Deutschland nicht nur technologisch aufholen, sondern eine führende Rolle in der digitalen Ökonomie einnehmen. Der Mittelstand ist bereit. Jetzt ist die Politik gefordert. ●



Dr. Christoph Sprich
Leiter Wirtschafts- und
Finanzpolitik
sprich@mit-bund.de

A portrait of Sven Schulze, Minister-President of Saxony-Anhalt, wearing a blue suit and a white shirt. He is smiling slightly and looking towards the camera. A small Saxony-Anhalt state emblem is pinned to his lapel. The background is blurred, showing green foliage.

Im Gespräch mit MIT-Hauptgeschäftsführer Bastian Pophal berichtet Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Sven Schulze über die Erwartungen der Unternehmen in seinem Land, wie er sich die weitere Entfesselung der Wirtschaft vorstellt und wie er die anstehenden Landtagswahlen für sich entscheiden möchte.

„Ich arbeite dafür, dass Sachsen-Anhalt politisch stabil bleibt“

Herr Ministerpräsident, Sie sind seit Ende Januar im Amt und stehen zugleich vor einer Landtagswahl. Welche wirtschaftspolitischen Akzente konnten Sie in den ersten Monaten bereits setzen?

Sven Schulze: Sachsen-Anhalt ist stärker mittelständisch geprägt als viele andere Regionen Deutschlands. Der Mittelstand ist das Rückgrat unseres Landes. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zeigt sich, wie wertvoll diese Struktur ist. Mittelständische Unternehmen denken langfristig, übernehmen Verantwortung für ihre Beschäftigten und stehen auch in schwierigeren Phasen zu ihren Standorten.

Ein wichtiger Schritt war die Reform unseres Tariftreue- und Vergabegesetzes. Wir haben es so angepasst, dass es deutlich unbürokratischer ist als in vielen anderen Bundesländern. Davon profitieren Wirtschaft und Kommunen, vor allem aber viele mittelständische Betriebe, die sich auf öffentliche Ausschreibungen bewerben.

Hinzu kommt: Aus dem Sondervermögen des Bundes erhält Sachsen-Anhalt rund 2,6 Milliarden Euro. Dieses Geld wird investiert und schafft Chancen für regionale Unternehmen, Handwerk und Mittelstand. Gerade bei Investitionen vor Ort profitieren zumeist diejenigen Betriebe, die in der Region eng verwurzelt sind.

Viele Unternehmen klagen über Unsicherheit, hohe Energiepreise, Bürokratie und schwache Konjunktur. Was braucht es jetzt für neues Wachstum?

Ein entscheidender Faktor ist Geschwindigkeit. Unternehmen, die in Sachsen-Anhalt investiert haben, bestätigen uns immer wieder, dass Verfahren hier oft schneller laufen als anderswo. Das ist ein echter Standortvorteil und im Wettbewerb um neue Ansiedlungen oft ein entscheidender Punkt.

Natürlich bleibt Bürokratie das wichtigste Thema. Ein Betrieb mit zehn oder fünfzehn Beschäftigten darf nicht noch jemanden einstellen müssen, der sich ausschließlich um Formulare, Berichtspflichten und neue Vorgaben kümmert. Gerade kleinere Unternehmen spüren solche Belastungen besonders stark.

„Politisch instabil zu sein, wäre für uns eine absolute Katastrophe. Ich möchte nicht, dass Sachsen-Anhalt zu einem Experimentierfeld wird.“

Hinzu kommt die Wettbewerbsfähigkeit. Hohe Energiepreise belasten Industrie, Handwerk und Mittelstand massiv. Deshalb brauchen wir verlässliche Rahmenbedingungen und insgesamt wieder mehr wirtschaftliche Dynamik.

Zugleich sehen wir: Es gibt weiterhin Investitionsanfragen aus dem Mittelstand ebenso wie aus der Industrie. Das zeigt, das Vertrauen in den Standort ist da. Darauf müssen wir aufbauen.

Wie wichtig sind politische Stabilität, Verlässlichkeit und Planbarkeit im Vorfeld der Landtagswahl?

Das ist eine Kernfrage. In Gesprächen mit Investoren höre ich immer häufiger die Frage, wie sich die politische Lage nach der Wahl entwickeln wird. Unternehmen entscheiden nicht nur nach Förderkulissen oder Flächenverfügbarkeit, sondern auch nach Stabilität und Berechenbarkeit.

Vor Kurzem hat mir ein Investor sehr klar gesagt, dass mögliche Regierungskonstellationen bereits heute in seine Investitionsentscheidung einfließen. Das zeigt: Wahlen haben wirtschaftliche Folgen, lange bevor sie stattgefunden haben.

Deshalb arbeite ich dafür, dass Sachsen-Anhalt politisch stabil bleibt. Stabilität schafft Vertrauen, sichert Investitionen und schützt Arbeitsplätze. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist das wichtiger denn je.

Sachsen-Anhalt konnte zuletzt mit großen Ansiedlungen punkten. Was macht den Standort attraktiv?

Großinvestitionen helfen nicht nur großen Unternehmen. Sie stärken auch den Mittelstand. Viele Zulieferer, Dienstleister, Logistikunternehmen und Handwerksbetriebe profitieren unmittelbar davon. Neue industrielle Kerne ziehen weitere wirtschaftliche Aktivität nach sich.

Attraktiv sind für Investoren unsere günstige Lage in Deutschland und Europa, eine gute Infrastruktur und die enge Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Kommunen und Landesregierung. Wenn alle an einem Strang ziehen, entstehen neue Chancen und Projekte kommen schneller voran.

Mit Projekten wie der UPM-Bio-raffinerie und weiteren Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe ist es gelungen, neue industrielle Perspektiven zu schaffen. Mein Ziel ist es, diese Entwicklung fortzusetzen und neue Wertschöpfung ins Land zu holen.

Gerade vor dem Hintergrund des Wandels in einzelnen Branchen müssen wir heute die Grundlage für die Arbeitsplätze von morgen legen.

Viele Unternehmer sagen: Nicht jede Belastung ist neu, aber vieles dauert zu lange. Sie haben die hohe Geschwindigkeit schon als entscheidenden Faktor herausgestellt. Wie wollen Sie noch schneller werden?

Wenn alle Beteiligten an einem Tisch sitzen, Zuständigkeiten klar sind und Prozesse gesteuert werden, kann

Deutschland auch schnell sein. Ich kenne Fälle, in denen ein Unternehmen freitags einen Antrag gestellt hat und montags bereits eine Teilgenehmigung vorlag. Das zeigt: Geschwindigkeit ist möglich, wenn man sie wirklich will.

Gleichzeitig gibt es andere Fälle. Mittelständler berichten mir, dass sie nach Wochen kaum mehr als eine Eingangsbestätigung erhalten haben. Das darf nicht sein. Gerade kleinere Betriebe haben weder Zeit noch Personal, um monatelang auf Entscheidungen zu warten.

„Wer industrielle Stärke erhalten will, muss Innovation ermöglichen, statt bestehende Kompetenzen vorschnell abzuschreiben.“



Deshalb möchte ich Verfahren transparenter machen. Wer einen Förderantrag stellt, soll künftig digital nachvollziehen können, wo der Antrag liegt, wer ihn bearbeitet und wann mit einer Entscheidung zu rechnen ist.

Am Ende geht es nicht nur um Tempo, sondern auch um Verlässlichkeit. Unternehmen müssen planen können.

Für viele Zulieferer ist die Diskussion um das Verbrenner-Aus eine Schlüsselfrage. Was steht auf dem Spiel?

Als Ingenieur habe ich erlebt, dass Politik teilweise meint, technische Entwicklungen besser steuern zu können als die Fachleute selbst. Das Thema Technologieoffenheit – und in diesem Fall Technologieverbot – setzt uns zu.

Wir verabschieden uns von einer Technologie, bei der wir Weltmarktführer waren. Im Bereich Elektromobilität sind andere heute weiter. Für einen Zulieferstandort wie Sachsen-Anhalt ist das besonders problematisch, weil viele Betriebe tief in bestehenden Wertschöpfungsketten verankert sind.

Unsere Unternehmen sind darauf angewiesen, dass Hersteller wettbewerbsfähig bleiben und Stückzahlen produzieren. Gleichzeitig entstehen

Sven Schulze wurde am 31. Juli 1979 in Quedlinburg geboren. Nach dem Abitur studierte er an der Technischen Universität Clausthal und schloss 2007 als Diplom-Wirtschaftsingenieur ab. Anschließend arbeitete er als Projektleiter und Vertriebsleiter in der Maschinenbau- und Automobilzuliefererbranche. Von 2006 bis 2014 war er Landesvorsitzender der Jungen Union Sachsen-Anhalt, bevor er 2014 ins Europäische Parlament einzog. Ab 2021 übernahm er den CDU-Landesvorsitz und das Wirtschaftsministerium in Sachsen-Anhalt. Am 28. Januar 2026 wurde er zum Ministerpräsidenten gewählt – als jüngster amtierender Regierungschef eines deutschen Bundeslandes. Er ist verheiratet und Vater von drei Kindern.



„Wenn man immer vorwegfährt und bei Umweltstandards ganz vorne sein will, muss man auch in den Rückspiegel schauen, ob einem noch jemand folgt. Wenn niemand mehr folgt, ist man vielleicht irgendwann falsch abgebogen.“



neue Märkte nicht automatisch für unsere Betriebe. Deshalb brauchen wir vernünftige Übergänge statt ideologischer Entscheidungen.

Wer industrielle Stärke erhalten will, muss Innovation ermöglichen, statt bestehende Kompetenzen vor schnell abzuschreiben.

Ein weiteres Rückgrat des Landes ist die Chemieindustrie. Was muss national und europäisch geschehen?

Die Chemieindustrie ist für Sachsen-Anhalt von herausragender Bedeutung. Standorte wie Leuna, Bitterfeld-Wolfen oder Schkopau sind industrielle Kerne mit hoher Wertschöpfung und tausenden Arbeitsplätzen. Sie strahlen weit in andere Branchen hinein.

Ich habe Europa und Brüssel kennengelernt. Meine Enttäuschung wächst von Jahr zu Jahr, dass man dort in Teilen nicht verstanden hat, dass

Ziele, die wir uns etwa im Umweltbereich gesetzt haben, für uns mittlerweile zu einem Nachteil geworden sind.

Wenn man immer vorwegfährt und bei Umweltstandards ganz vorne sein will, muss man auch in den Rückspiegel schauen, ob einem noch jemand folgt. Wenn niemand mehr folgt, ist man vielleicht irgendwann falsch abgebogen.

Wir dürfen nicht riskieren, dass Deindustrialisierung zur Folge politischer Fehlsteuerung wird. Das würde Standorte wie unsere besonders hart treffen.

Welche europäische Entscheidung hätte derzeit die größte positive Wirkung?

Der größte Hebel sind für mich die Zertifikatspreise. Sie sind zu hoch und sorgen dafür, dass Unternehmen aus der Chemieindustrie und aus anderen Bereichen nicht mehr wirtschaftlich arbeiten können.

Wenn wir schon bei Energie und Rohstoffen unter Druck stehen, sollten wir uns nicht zusätzlich selbst belasten. ETS wäre für mich im Moment das Thema Nummer eins in Brüssel.

Am Ende muss die Frage erlaubt sein: Was nützt die beste Wasserstoffpipeline und der leistungsfähigste Elektrolyseur, wenn die Industrie, für die wir das aufbauen, gar nicht mehr existiert?

Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Sie haben auch Kritik an europäischen Vorgaben wie der Wiederherstellungsverordnung oder neuen Auflagen für die Landwirtschaft geäußert. Warum?

Wir haben bei der Wiederherstellungsverordnung und auch bei anderen Themen intensiv versucht, unsere Interessen zu vertreten. Das ist uns nicht immer gelungen.

Für mich ist es kein Erfolg, wenn Maßnahmen nur aufgeschoben werden, aber am Ende trotzdem kommen. Wir machen in Deutschland bereits sehr viel. Trotzdem wird immer noch eins draufgesetzt. Das wird uns in der Landwirtschaft, aber auch in anderen Bereichen, große Sorgen bereiten.

Auch beim Pflanzenschutz haben wir ein Problem: In den letzten Jahren wurden überwiegend Mittel verboten, während neue Wirkstoffe nicht zugelassen wurden. So entsteht zusätzlicher Druck auf die Betriebe.



Viele Betriebe sprechen vom Fachkräftemangel. Sie sprechen lieber vom Arbeitskräftemangel. Warum?

Weil die Herausforderung größer ist. In Sachsen-Anhalt verlassen zwei Menschen den Arbeitsmarkt, während nur einer nachkommt. Das ist die Folge der demografischen Entwicklung und für viele Branchen bereits heute spürbar.

Wir setzen deshalb auf gute Rahmenbedingungen für Familien. Eine verlässliche Kinderbetreuung hilft,

weiter stärken. Und es gibt auch Menschen, die arbeiten könnten, aber nicht arbeiten wollen. Ich möchte, dass jeder, der Leistungen vom Staat bekommt, künftig auch eine Gegenleistung bietet. Fördern und Fordern bleibt richtig.

Wie kann ein ostdeutsches Flächenland in Berlin ausreichend Gewicht entwickeln?

Wir sind nicht das größte Bundesland und nicht das reichste. Deshalb müssen wir unsere Stärken umso klarer vertreten.

Die großen Industrieansiedlungen der vergangenen Jahre zeigen, dass Ostdeutschland attraktive Rahmen-

bedingungen bietet. Sachsen-Anhalt gehört dazu. Hinzu kommt ein wachsender Vorteil bei erneuerbaren Energien. Verfügbare grüne Energie spielt bei Investitionsentscheidungen eine immer größere Rolle.

In Berlin gilt: Wer hartnäckig, verlässlich und gut vorbereitet die Interessen des eigenen Landes vertritt, wird gehört. Genau darum geht es.

Was würde dem Standort mehr schaden: politische Unsicherheit, europäische Abschottung oder reine Protestpolitik ohne Lösungen?

Politisch instabil zu sein, wäre für uns eine absolute Katastrophe. Ich möchte nicht, dass Sachsen-Anhalt zu einem Experimentierfeld wird.

Wenn die AfD hier gewinnen würde, wäre das nicht nur für Sachsen-Anhalt schlimm, sondern das würde für ganz Deutschland einen Flächenbrand bedeuten.

Unsere Unternehmen sind auf internationale Märkte angewiesen. Deshalb braucht ein Industriestandort Verlässlichkeit statt wirtschaftspolitischer Experimente. Wer Verantwortung trägt, muss Lösungen liefern.

Was möchten Sie Unternehmern, Beschäftigten und Familien mitgeben?

Ich halte nichts von pauschaler Politikverdrossenheit, auch nicht aus Teilen der Unternehmerschaft. Es gibt nicht „die Politik“, sondern konkrete Entscheidungen und Verantwortliche.

Wenn ich mir anschau, wie sich beispielsweise die MIT in den letzten Jahren für den Mittelstand eingesetzt hat – und ich war selbst viele Jahre im Bundesvorstand –, dann wurde hier einiges bewegt.

Für Sachsen-Anhalt gilt für mich: Die Menschen sollen wissen, woran sie sind, was sie an mir haben. Sie können mir – Sven Schulze – vertrauen. Ich habe viele Jahre in der Wirtschaft gearbeitet, bevor ich in die Politik gegangen bin. Genau das hilft mir, mich in die Perspektiven von mittelständischen Unternehmern, Beschäftigten und Familien hineinzusetzen, als manch andere Kollegen.

Meine klare Botschaft ist deshalb: Wir müssen in der Politik verlässlich sein, zuhören und die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, damit sich Leistung hier im Land lohnt. Sowohl heute als auch in Zukunft. ●

Vielen Dank für dieses Gespräch.

„Großinvestitionen helfen nicht nur großen Unternehmen. Sie stärken auch den Mittelstand. Viele Zulieferer, Dienstleister, Logistikunternehmen und Handwerksbetriebe profitieren unmittelbar davon.“

dass Männer und Frauen gleichermaßen arbeiten können. Das ist auch ein wirtschaftspolitischer Standortfaktor.

Zugleich brauchen wir qualifizierte Zuwanderung. Mit Ländern wie Vietnam haben wir gute Erfahrungen gemacht: Wir gewinnen dort gezielt Menschen für Ausbildung und Beschäftigung. Das hilft unseren Betrieben konkret. Diesen Weg wollen wir



Wir nutzen Technologie bei der Prüfung dann, wenn sie wirklich nützlich ist.

Die Prüfung, die für Familienunternehmen und Mittelstand Vertrauen und Mehrwert schafft.



Entwaldungsverordnung ante portas

Kommt nun die Lieferkette
im Quadrat? Wie die EUDR
den Mittelstand kahl schlägt

Während der Mittelstand noch die Lieferketten-gesetze auf deutscher und europäischer Ebene verdaut, rollt mit der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) bereits die nächste Bürokratie-Lawine an. Dass unsere Wirtschaft leidet, ist kein Geheimnis. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die ausufernde Bürokratie, die besonders den kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) jeglichen Raum zum Atmen raubt. Nun wurde die Entwaldungsverordnung bereits zwei Mal verschoben und weitere Vereinfachungen angekündigt. Es sind eindeutige Symptome eines praxisfernen Bürokratiemonsters.

Die Entwaldungsverordnung und ihre Bestimmungen

Das Ziel der Entwaldungsverordnung ist, wie der Name bereits andeutet, die Entwaldung und Waldschädigung global einzudämmen beziehungsweise zu stoppen. In einer Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Vorstellung der Verordnung hieß es: „Um im weltweiten Kampf gegen die Klima- und die Biodiversitätskrise erfolgreich zu sein, müssen wir Verantwortung übernehmen und sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU handeln. Mit unserer Entwaldungsverordnung kommen wir den Forderungen der Bürgerinnen und Bürger nach, den europäischen Beitrag zur Entwaldung zu minimieren und nachhaltigen Verbrauch zu fördern“. Für die verheerenden wirt-



schaftlichen Auswirkungen und die fehlende Praktikabilität einer solchen Politik schien sich der damalige EU-Vizepräsident Frans Timmermans nicht zu interessieren.

Die Entwaldungsverordnung nennt sieben Rohstoffe, deren Ursprung rigoros kontrolliert werden muss. Produkte, die aus Holz, Kautschuk, Rindern, Kakao, Kaffee, Palmöl oder Soja bestehen, dürfen nicht von Flächen stammen, die nach dem 31. Dezember 2020 entwaldet oder geschädigt wurden. Das Ausmaß des regulatorischen Rattenschwanzes ist dabei in der Praxis kaum vorstellbar. Viele Zwischen- und Folgeprodukte, die einen dieser sieben Rohstoffe enthalten, fallen unter die Verordnung. Zukünftig muss die Wertschöpfungskette von beispielsweise Möbeln, Verpackungen oder Schokolade lückenlos daraufhin untersucht werden, ob seit dem Stichtag Ende 2020 keine Abholzung oder Waldschädigung stattfand. Die Dimension dieser Vorgaben ist schlichtweg enorm.

Neue Berichtspflichten

Unternehmen müssen, je nach Anwendung entweder ab Dezember dieses oder ab Sommer nächsten Jahres, vor dem Inverkehrbringen der Produkte oder Rohstoffe zweifelsfrei beweisen, dass die Ware „entwaldungsfrei“ ist und im Ursprungsland legal erzeugt wurde. Betriebe, die den Rohstoff oder das Erzeugnis erstmalig auf dem Unionsmarkt bereitstellen, gelten als Inverkehrbringer und tragen die Hauptlast. Das kann der Mittelständler sein, der seinen Kakao aus Ecuador importiert, oder aber der heimische Waldbesitzer, der sein Holz an ein lokales Sägewerk verkauft. Sie alle müssen das gesamte Sorgfaltspflichtverfahren durchführen, die exakten Geodaten sammeln, das Risiko bewerten und diese Nachweise in das EU-System hochladen. Die Verordnung unterscheidet dabei streng zwischen Inverkehrbringern und Händlern.

Die Lawine rollt – Frust im Mittelstand

Die Entwaldungsverordnung trat ursprünglich bereits im Juni 2023 in Kraft. Ihre Anwendung war zunächst auf Ende 2024 datiert, wurde damals jedoch nach massiver Kritik aus der Wirtschaft und wegen unfertiger IT-Systeme verschoben. Nach dem erneuten Beschluss Ende 2025 gelten nun neue Startpunkte der Verordnung: Große und mittlere Unternehmen sollen ab dem 30. Dezember 2026 verpflichtet sein, die Vorgaben der EUDR einzuhalten. Für Klein- und Kleinstunternehmen ist es Mitte Juni 2027 so weit. Die Signale, die von diesen Verzögerungen ausgehen, sind eindeutig: Die Entwaldungsverordnung ist in ihrem jetzigen Ausmaß nicht tragbar. Die Verschiebungen sind kein Grund zum Aufatmen, sondern ein politisches Eingeständnis, dass die Wirtschaft diese Last unmöglich stemmen kann.



Foto: Laurence Chaperon

Marion Walsmann,
MdEP

„Die Version der Entwaldungsverordnung, die kurz vor Weihnachten 2025 beschlossen wurde, können wir so nicht akzeptieren. Ziel der für April 2026 angekündigten Überarbeitung der EUDR muss sein, die Berichterstattungspflichten für kleine und mittelständische Unternehmen zu vereinfachen und dank Leitlinienüberarbeitung maximal pragmatisch zu gestalten. Dabei ist ein wesentlicher Punkt, die sogenannte ‚Deminimis‘-Schwelle endlich einzuführen. Damit werden geringfügige Einfuhrmengen aus den Berichterstattungspflichten der Richtlinie genommen – das betrifft natürlich besonders die kleinen Importeure, also KMU. Der zweite wichtige Punkt betrifft die Klarstellung des Begriffs der ‚first downstream operators‘. Für den Mittelständler ist wichtig, schwarz auf weiß zu verstehen: Welche Daten muss ich mit meiner Position in der Lieferkette im Rahmen der EUDR erheben und aufbewahren?“

Und dennoch greifen die von der Europäischen Kommission vorgestellten Vereinfachungen Ende April viel zu kurz. Während nur Erstinverkehrbringer eine Sorgfaltserklärung abgeben müssen, sollen Referenznummern „nur noch“ passiv vom ersten nachgelagerten Unternehmen gesammelt werden. Um den großen Entbürokratisierungswurf handelte es sich bei den Ankündigungen jedoch nicht.

Berichtspflichten – Kosten und Umsetzung

Die Umsetzung des nationalen Lieferkettengesetzes und der europäischen Berichtspflichten (CSRD, CSDDD) ist für unsere Unternehmen bereits eine Hürde. Tritt die Entwaldungsverordnung in ihrer jetzigen oder ähnlichen Form in Kraft, folgt der nächste Berg an Standortnachteilen. Die bereits bestehenden Bürokratiekosten sind astronomisch. Allein im letzten Jahr belasteten 12.364 einzelne Informationspflichten die Unternehmen. Im Schnitt kostet die Bewältigung der Bürokratie die Wirtschaft jährlich mehr als 60 Milliarden Euro.

In den Unternehmertrends vom Januar 2026 wurden Unternehmen gefragt, ob die bürokratische Belastung in Deutschland in den letzten zwei Jahren zu einer Nichtumsetzung von Investitionen geführt hat. Die Antwort fiel eindeutig aus. 69 Prozent der Unternehmen, die in der Nachhaltigkeitsberichterstattung eine bürokratische Belastung sehen, bejahten die Frage. Selbst unter den Befragten, die die Nachhaltigkeitsberichte nicht als bürokratische Belastung wahrnehmen, gaben 52 Prozent an, dass geplante Investitionen nicht umgesetzt wurden.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Bundesregierung auf einen radikalen Bürokratieabbau verständigt. Auch auf europäischer Ebene soll mit dem sogenannten Omnibus-Verfahren der Dschungel aus Vorschriften entwaldet werden. Zeitgleich jedoch wird die Entwaldungsverordnung Ende 2026 mit voller Härte Anwendung finden.

Der Nachweis und sein Risiko

Die Entwaldungsverordnung ist in ihrer jetzigen Ausrichtung ein weiterer massiver Standortnachteil für unseren Mittelstand. Sie geht mit einigen Anforderungen jedoch noch wesentlich über bisherige Berichtspflichten hinaus. Jede abgegebene Sorgfaltserklärung muss die Geodaten der verwendeten Ressourcen beinhalten. Es reicht nicht aus, das Herkunftsland

Max von
Elverfeldt,
Vorsitzender
Familienbetriebe
Land und Forst

Foto: Familienbetriebe Land und Forst



„Wer Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit stärken will, darf Unternehmen nicht immer neue Lasten aufbürden. Die EUDR zeigt, dass auf europäischer Ebene grundlegend umgedacht werden muss. In Europa besteht kein Entwaldungsproblem. Dennoch belastet die Verordnung nachhaltig wirtschaftende Unternehmen mit zusätzlichen Nachweis-, Dokumentations- und Haftungsspflichten. Statt immer neuer Regulierung brauchen wir wieder mehr Vertrauen in unsere Wirtschaft.“

Wie beurteilen Sie „unter dem Strich“ für Ihr Unternehmen die Relation zwischen Aufwand und Nutzen bei der Umsetzung der EUDR?

Alle Unternehmensgrößen und Branchen aggregiert,
Anteil der Unternehmen in Prozent



Quelle: IHK Düsseldorf

oder die Stadt anzugeben. Stattdessen müssen die exakten GPS-Koordinaten der Erzeugerfläche dokumentiert und vom Erstinverkehrbringer nachgewiesen werden, dass an diesen GPS-Koordinaten seit Dezember 2020 weder Entwaldung noch Waldschädigung stattgefunden hat und die Erzeugnisse nach den jeweiligen Rechtsvorschriften vor Ort erzeugt wurden.

Der mittelständische Kaffeeröster wird nicht selbst nach Kolumbien fliegen, um die GPS-Daten einzeln einzuholen oder abzufragen. Stattdessen muss er diese Daten vertraglich von seinem Lieferanten einfordern. Wie unser Mittelstand nachweisen soll, dass seit 2020 an der Stelle kein Wald geschädigt wurde, ist ihm überlassen. In der Praxis bedeutet dies einen Zwang zum lückenlosen

Abgleich der Geodaten mit historischen Satellitenbildern. Das Problem: Fehlen die Daten oder sind sie auch nur für einen Bruchteil der gelieferten Ware fehlerhaft, darf das gesamte Endprodukt in der EU nicht verkauft werden. Neben der reinen Bürokratie entsteht für unseren Mittelstand hierdurch ein unkalkulierbares Risiko.

Der Mittelstand als großer Verlierer

Erleichterungen und Vereinfachungen für kleine und mittlere Unternehmen gibt es zwar auf dem Papier, in der Praxis erweisen sich diese jedoch als Farce. Auch KMU müssen die Sorgfaltspflicht erfüllen, bevor sie relevante Erzeugnisse in Verkehr bringen oder ausführen. Sie sollen jedoch von Vereinfachungen wie Ausnahmen bei den Berichtspflichten profitieren: Wenn für das Produkt bereits die Sorgfaltspflicht eingehalten und den Behörden übermittelt wurde, müssen KMU keine neue Sorgfaltspflicht erfüllen. Am Ende handelt es sich bei diesen Vereinfachungen um einen Wolf im Schafspelz. Zwar sind kleine und mittelständische Marktteilnehmer juristisch nicht immer zur direkten Einhaltung der primären Sorgfaltspflicht (Geodaten, Rechtsvorschriften vor Ort etc.) verpflichtet, doch wälzen Großkonzerne die Bürokratielast vertraglich nach unten ab. Findet die Entwaldungsverordnung in ihrer jetzigen Form Anwendung, werden große Unternehmen zukünftig nur

weiter auf s. 26

Dirk Tesch,
Präsident des Handels-
verbands Möbel
und Küchen (BVDM)

Foto: Möbelhof Adersheim GmbH & Co. KG



„Die Europäische Entwaldungsverordnung (EUDR) verfolgt zwar ein legitimes Ziel, führt jedoch in ihrer aktuellen Ausgestaltung zu erheblichen praktischen Problemen für den mittelständisch geprägten Möbel- und Küchenhandel. Eine grundlegende Überarbeitung der EUDR – mit längeren Übergangsfristen, spürbaren Vereinfachungen und einer stärkeren Berücksichtigung der besonderen Situation des Mittelstands – erscheint erforderlich, um Umweltschutz und wirtschaftliche Tragfähigkeit in Einklang zu bringen.“

Mit Vertrauen, Kapital und unternehmerischem Weitblick für Standort und Technologie



Dr. Gernot Hofer, Vorstandsvorsitzender der Invest AG

Im März 2026 übernahm die Invest AG, Österreichs führender Private-Equity-Investor, gemeinsam mit einem industriellen Konsortium die Mehrheit an der Pankl Racing Systems AG. Warum diese Transaktion sowohl für das Konsortium als auch für den Industriestandort ein besonderer Meilenstein ist, erklärt Dr. Gernot Hofer, Vorstandsvorsitzender der Invest AG, im Gespräch.

Herr Dr. Hofer, Sie haben die Pankl Gruppe im März 2026 mehrheitlich gemeinsam übernommen. Wie würden Sie die Transaktion in wenigen Punkten zusammenfassen?

Diese Transaktion war aus zwei Gründen besonders anspruchsvoll: aufgrund ihrer Größe und aufgrund der technologischen Tiefe des Unternehmens. Wir mussten uns in sehr kurzer Zeit ein fundiertes Verständnis der Produkte und Märkte erarbeiten – das ist vergleichbar mit Situationen, in denen etwa Maschinenbauunternehmen ihr Portfolio in Richtung E-Mobilität erweitern.

Parallel dazu haben wir ein industriell geprägtes Konsortium aufgebaut, bestehend unter anderem aus der Raiffeisenlandesbank Steiermark und der Knill Gruppe. Entscheidend war dabei die Kombination aus strategischer Industriekompetenz und finanziellem Know-how. Gerade in komplexen Transaktionen zeigt sich, dass solche Partnerschaften dann besonders erfolgreich sind, wenn Geschäftsmodell, Marktposition und Finanzierungsstruktur sauber ineinandergreifen.

Ist es üblich, dass Sie mit strategischen bzw. operativen Investoren zusammenarbeiten?

Ja, das ist ein zentraler Bestandteil unseres Ansatzes. Historisch sind wir stark als Minderheitsinvestor gewachsen. Unser Ziel ist es aber immer, mit Partnern zusammenzuarbeiten, die operative Erfahrung und Branchenverständnis mitbringen. In Transformationssituationen – etwa wenn ein Zulieferer sich neu ausrichtet oder neue Märkte erschließt – profitieren wir enorm von Partnern, die vergleichbare Entwicklungen bereits selbst durchlaufen haben. Dieses operative Know-how ergänzt unsere finanzielle Perspektive ideal.

Vertrauen und ein gemeinsames Verständnis der Zielsetzung sind dabei essenziell. Nur so lassen sich tragfähige Strukturen schaffen – gerade in dynamischen oder unsicheren Marktphasen.

Mit Blick auf diese Transaktion lassen sich Erfahrungen allgemein, für eine Vielzahl an Transaktionsprozessen ableiten?

Eine gute Vorbereitung ist und bleibt der entscheidende Erfolgsfaktor. Dazu gehört insbesondere eine schlüssige „Equity Story“, die nachvollziehbar erklärt, woher Wertschöpfung kommen soll – zum Beispiel durch Marktexpansion, operative Optimierung oder Innovation. Ebenso wichtig ist die frühzeitige Einbindung erfahrener Berater, insbesondere auf rechtlicher und finanzieller Seite.

In der Praxis zeigt sich jedoch immer wieder: Transaktionen dauern länger als geplant. Gründe dafür sind häufig zusätzliche Prüfmechanismen, neue Erkenntnisse während der Due Diligence oder Anpassungen in der Struktur – etwa bei der Finanzierung oder beim Gesellschafterkreis.

Die Invest AG hat über 200 Transaktionen begleitet. Welches zentrale Learning möchten Sie Unternehmern mitgeben?

Ich glaube, das kann in drei Schlagworten zusammengefasst werden: Klarheit, Transparenz und Zielorientierung.

Klarheit, weil alle Beteiligten ein gemeinsames Verständnis für Ziele und Rahmenbedingungen benötigen.

Transparenz, weil nur eine offene Informationsbasis eine passende Struktur ermöglicht.

Zielorientierung, weil in herausfordernden Phasen schnelle Entscheidungen gefragt sind.

Zusammengefasst

Die Pankl-Transaktion steht exemplarisch für einen Ansatz, der im aktuellen Marktumfeld zunehmend an Bedeutung gewinnt: Beteiligungskapital als aktiver Gestaltungspartner.

Für mittelständische Unternehmen, die vor Wachstumsschritten, technologischen Umbrüchen oder Nachfolgelösungen stehen, reicht es heute nicht mehr aus, Kapital allein zu betrachten. Entscheidend ist vielmehr die Qualität des Partners – seine Fähigkeit, Geschäftsmodelle zu verstehen, strategische Impulse zu setzen und auch in komplexen Situationen Orientierung zu geben.

Gerade in einer Zeit, die von Unsicherheit und strukturellen Veränderungen geprägt ist, zeigt sich, welchen Unterschied ein erfahrener Investor machen kann: durch unternehmerisches Verständnis, belastbare Netzwerke und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Die Invest AG positioniert sich dabei bewusst als Partner auf Augenhöhe – mit dem Anspruch, gemeinsam mit Unternehmern nachhaltige Lösungen zu entwickeln, Wertpotenziale zu erschließen und Unternehmen langfristig zukunftsfähig aufzustellen.



Foto: M. Lahousse-EPP Group

Christine Schneider,
Parlamentarische Geschäftsführerin der
CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

„Sonderregeln für einzelne Partner wie die USA untergraben die Glaubwürdigkeit der EU-Entwaldungsverordnung. Wenn europäische Unternehmen strengere Nachweispflichten tragen als andere, entsteht ein klarer Wettbewerbsnachteil, das ist nicht akzeptabel.“

noch jene mittelständischen Lieferanten auswählen, die freiwillig die gewünschten Daten liefern. Theoretische Ausnahmen und Schutzklauseln werden für diese Mittelständler keine Rolle spielen.

Die Gewinner unter den Verlierern dieser Regulierung sind ausschließlich Unternehmen mit enormen finanziellen Mitteln und riesigen Compliance-Abteilungen. Während auch sie stark an der Bürokratie leiden, werden kleine und mittelständische Unternehmen an diesen Hürden an die Grenzen getrieben. Die direkten Folgen für die KMU sind unkontrollierbare und rasant steigende Beschaffungsrisiken sowie künstlich herbeigeführte Komplikationen für jahrzehntelang etablierte Lieferketten.

Die Entwaldung des Standorts

Zur Einhaltung der Entwaldungsverordnung brauchen Unternehmen, unabhängig von ihrer Größe, wieder neue Stellen, die versuchen, diese Bürokratie-Lawine zu kontrollieren. Neue IT-Systeme, externe Auditoren, Zertifikate und zusätzliches Verwal-

tungspersonal werden die Kosten für Compliance massiv in die Höhe treiben. Dabei fehlen jeder Euro und jede Arbeitsstunde, die in das bürokratische Nachverfolgen einer einzelnen Kaffeebohne oder eines Holzbrettes fließen, dringend für echte Investitionen in Forschung, Entwicklung oder in die grüne Transformation der Betriebe.

Zeitgleich ignoriert die Entwaldungsverordnung völlig die globalen wirtschaftlichen Zusammenhänge. Während wir in Europa unsere eigene Beschaffung der sieben genannten Ressourcen erschweren, sichern sich andere Industrienationen wie die USA, China oder Japan ihre Quellen auf dem Weltmarkt. Und zwar ohne den europäischen Bürokratieraufschlag, den unsere Unternehmen teuer bezahlen müssen. Wir isolieren uns nicht nur selbst, sondern verhindern aktiv Investitionen am eigenen Standort.

Bloße Ausnahmen reichen nicht

Sollte die EU-Kommission immer wieder von ihrem Recht Gebrauch machen und zeitnah weitere Produktgruppen oder Folgeprodukte in die Verordnung aufnehmen, dann wird aus dem ohnehin schon kaum bezwingbaren Bürokratiemonster endgültig ein regulatorisches Fass ohne Boden. Den ersten Schritt ist sie mit der Aufnahme von löslichem Kaffee oder bestimmten Palmöl-Derivaten Anfang Mai bereits gegangen.

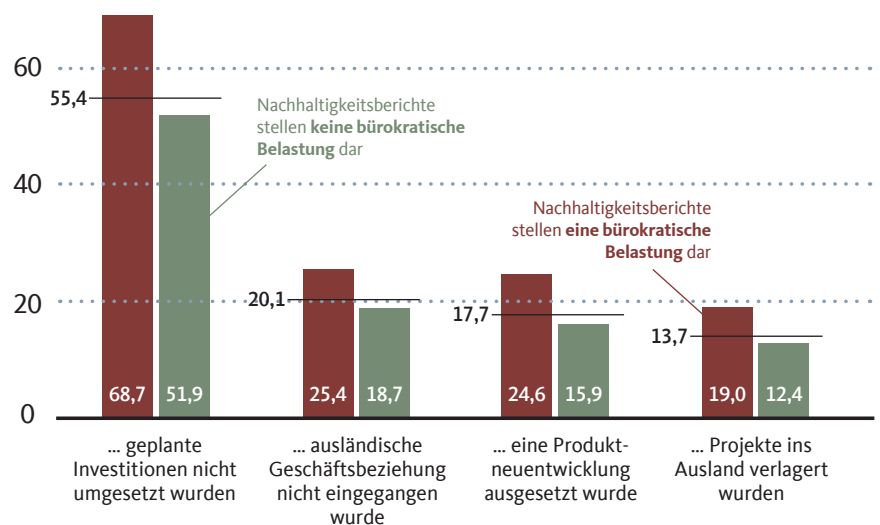
Zwar verschaffen die Verschiebungen den Unternehmen wertvolle Zeit, heilen jedoch nicht die strukturellen Mängel der Verordnung. Für den Mittelstand steht viel auf dem Spiel: Wettbewerbsfähigkeit, Planungssicherheit und die Integrität gewachsener Lieferketten. Die Europäische Kommission muss ihrem Versprechen nach Entbürokratisierung nachkommen. Ob eine erneute Überarbeitung nötig ist oder die Entwaldungsverordnung so nicht kommen darf – Fakt ist: die jetzige Ausgestaltung der Entwaldungsverordnung ist nicht praktikabel und entbehrt jeglichen Wirtschaftssinn.



Shereef Salzmann
Referent für Energie-, Klima-
und Umweltpolitik

Die bürokratische Belastung in Deutschland hat den letzten zwei Jahren dazu geführt, dass ...?

Anteil in %



Quelle: accounting-for-transparency

Der Spuk ist vorbei

MIT wirkt! Aus dem Bürgergeld wird die neue Grundsicherung. Hier erklären wir, was jetzt besser wird.

Am 10. November 2022 verkündete der damalige SPD-Sozialminister Hubertus Heil im Bundestag: „Das Bürgergeld ist die größte Sozialstaatsreform seit 20 Jahren.“ Die MIT und die Mehrheit der Steuerzahler wissen aber: Groß war nicht gleich gut. Keine zwei Jahre später räumte derselbe Minister am 9. Juli 2024 ein, dass man „vertretbar nachsteuern“ müsse.

Dass man nicht nur nachsteuern, sondern Grundirrtümer und sozialpolitische Lebenslügen gleichsam beheben musste, war der Ampel-Regierung nicht klar. Erst mit der Bundestagswahl 2025 und der Aufnahme der Koalitionsgespräche wurde deutlich, dass das fehlgeleitete Bürgergeld auf Drängen der CDU – und insbesondere der MIT – nun endlich abgeschafft werden würde.

Eine Frage der Fairness

Mit Blick auf den Regierungswechsel sagte CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann dem Mittelstandsmagazin: „Viele haben den berechtigten Eindruck gehabt, dass sich Arbeit nicht mehr ausreichend lohnt und dass Regeln nicht konsequent durchgesetzt werden oder nicht ausreichen. Wir stellen jetzt die Balance zwischen Solidarität und Eigenverantwortung wieder her: Wer wirklich Hilfe braucht, bekommt sie weiterhin. Aber wer sich nicht an die Regeln hält oder zumutbare Arbeit verweigert, muss auch mit klaren Konsequenzen rechnen. Das ist vor allem eine Frage der

Fairness gegenüber denjenigen, die jeden Tag arbeiten und dieses System tragen. Leistung muss sich immer lohnen.“

Und zum 1. Juli 2026 ist es so weit: 3,5 Jahre nach Inkrafttreten des Bürgergelds wird aus der „größten“ die kurzlebigste Sozialstaatsreform aller Zeiten – denn dann startet die neue Grundsicherung.

Empfängerstruktur und ein Blick in die Vergangenheit

Um zu verstehen, welche Änderungen die neue Grundsicherung bewirkt, muss ein Überblick zur Empfängerstruktur und den besonderen Fehlern des Bürgergelds gegeben werden. Aktuell erhalten etwa 5 175 570 Menschen Grundsicherungsleistungen. Davon sind 3 819 830 Personen erwerbsfähig. Die übrigen nicht Erwerbsfähigen sind überwiegend Kinder, die in Bedarfsgemeinschaften leben.

Von allen Leistungsempfängern besitzen derzeit ca. 47 Prozent keine deutsche Staatsbürgerschaft. Der Anteil von Ausländern in der Grundsicherung hat sich mit der EU-Osterweiterung, der großen Fluchtbewegung 2015 und mit der Vollinvasion in der Ukraine und den daraus resultierenden Kriegsflüchtlingsen sehr deutlich verstärkt. Die Grundsicherung ist daher heute in der Empfängerstruktur auch eine Folge der Migrations- und Fluchtbewegungen der letzten Jahre. Wir sehen allerdings, dass aufgrund der getroffenen Maßnahmen in der Migrationspolitik auch diese Zahlen rückläufig sind.

Herausforderungen für den Mittelstand

Migration bringt hier erkennbare Probleme mit sich. Diese Personengruppen sprechen im Regelfall kein Deutsch, verfügen über kein privates Hilfsnetzwerk und stammen häufig aus Regionen mit geringem Lebensstandard. Die Grundsicherung in Deutschland ist hier eine relative Steigerung der Lebensqualität. Das senkt den Anreiz, sich herauszuarbeiten. Eine weitere wesentliche Herausforderung besteht darin, dass 65 Prozent aller Personen im Leistungsbezug keine abgeschlossene Berufsausbildung haben.

Allein diese wenigen Zahlen machen deutlich, wie herausfordernd das Personenprofil der Grundsicherungsempfänger ist. Und inmitten dieser Herausforderungen hat die Ampel-Regierung das Bürgergeld eingeführt. Holger Schäfer, Arbeitsmarktexperte vom Institut der Deutschen Wirtschaft (IW), erinnert sich: „Mit der



Holger Schäfer,
Arbeitsmarktökonom am Institut der deutschen Wirtschaft

„Das wesentliche Merkmal unseres Sozialsystems ist: Wer Hilfe braucht, hat Anspruch auf die Unterstützung der Gesellschaft – schuldet im Gegenzug aber zumindest das Bemühen, künftig ohne diese Hilfe auszukommen. Mit der Verschärfung des Sanktionsregimes kann dieses Bemühen nun wieder effektiv eingefordert werden.“

Einführung des Bürgergeldes wurde die Grundsicherung von einer bedürftigkeitsgeprüften temporären Hilfe zur Selbsthilfe in eine bedingungsarme Grundsicherungsleistung umgewandelt, in der die materielle Teilhabe stärker und die Eingliederung in Arbeit geringer gewichtet wurden.“

Der Versuch, Feuer mit Benzin zu löschen

Konkret wurden Sanktionen bei Fehlverhalten verringert, Verbindlichkeiten zu losen Verabredungen geformt und die Zugangshürden deutlich herabgesenkt. Auch Personen mit hohem Vermögen wurden anspruchsberechtigt, die Vermittlung in Arbeit wurde zweitrangig und über Karenzzeitregelungen wurden vom Amt Mieten übernommen, die sich Arbeitnehmer selbst nicht leisten würden. Man hat also versucht, Feuer mit Benzin zu löschen. Dieses System wird nun abgelöst. Doch zur Wahrheit gehört natürlich, dass auch ein neues System nicht dafür sorgt, dass sofort weniger Personen Leistungen empfangen. Aber das neue System beginnt damit, sukzessive Erfolge zu erzeugen.

Die neue Grundsicherung

Egal ob es Hartz-IV, Bürgergeld oder neue Grundsicherung heißt, der eigentliche Name des Gesetzes war immer gleich: Sozialgesetzbuch Zweites Buch oder kurz SGB II. Und auch die Maßnahmen innerhalb des Gesetzes müssen nicht völlig neu erfunden werden. Die Arbeitsmarktforschung hat wirksame und unwirksame Mittel in der Breite analysiert und entspre-

chende Empfehlungen über die Jahre abgeleitet. Parallel setzen das Grundgesetz und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gewisse Grenzen bei Regelleistungen.

Worauf es in der Grundsicherung daher immer ankommt, ist ein wohlgemeintes und effizientes Austarieren von Hilfe und Verbindlichkeit, Anreiz und Aktivierung. Die Formel „Fördern und Fordern“ ist also der übergeordnete Hebel. Und für die neue Grundsicherung gilt „(...) die klare Rückkehr zum Prinzip ‚Fördern und Fordern‘. In den vergangenen Jahren ist dieses Gleichgewicht verloren gegangen – mit der Folge, dass der Anreiz zur Arbeitsaufnahme geschwächt wurde. Wir stellen jetzt wieder klar: Wer arbeiten kann, muss auch arbeiten. Deshalb sorgen wir dafür, dass die Menschen von Anfang an aktiviert werden – etwa durch die direkte Einladung nach Antragsstellung zum persönlichen Gespräch im Jobcenter und verbindliche Kooperationspläne“, fasst Carsten Linnemann zusammen, der als stellvertretender Fraktionsvorsitzender das Gesetz maßgeblich verhandelt hat.

Grundsicherung – das ist neu

Im Konkreten gilt mit Einführung der neuen Grundsicherung:

- 1 Die Vermittlung in Arbeit hat grundsätzlich wieder Vorrang.
- 2 Wer arbeiten kann, muss seine Arbeitskraft in maximalem Umfang einbringen, um seine Hilfebedürftigkeit zu überwinden.

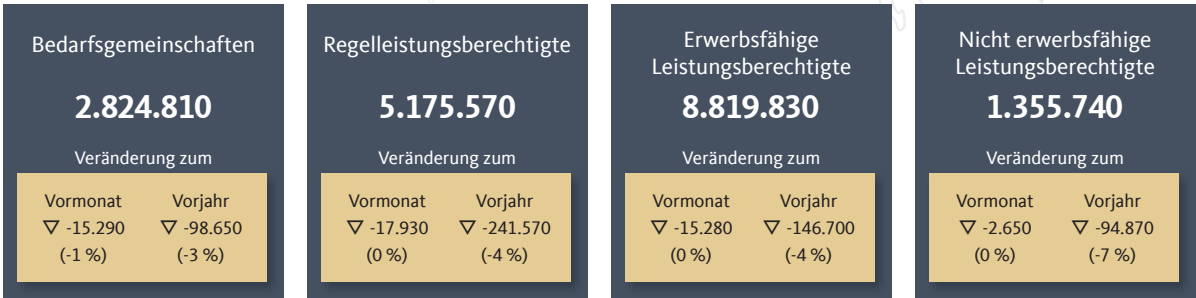


Carsten Linnemann, CDU-Generalsekretär

„Viele haben den berechtigten Eindruck gehabt, dass sich Arbeit nicht mehr ausreichend lohnt und dass Regeln nicht konsequent durchgesetzt werden oder nicht ausreichen. Wir stellen jetzt die Balance zwischen Solidarität und Eigenverantwortung wieder her: Wer wirklich Hilfe braucht, bekommt sie weiterhin. Aber wer sich nicht an die Regeln hält oder zumutbare Arbeit verweigert, muss auch mit klaren Konsequenzen rechnen. Das ist vor allem eine Frage der Fairness gegenüber denjenigen, die jeden Tag arbeiten und dieses System tragen. Leistung muss sich immer lohnen. Gleichzeitig gehen wir entschlossen gegen Missbrauch vor.“

- 3 Kinderbetreuung schützt vor Eingliederungsmaßnahmen, aber nicht wie bislang drei Jahre, sondern nur 14 Monate.
- 4 Sanktionen bei Pflichtverletzungen wirken deutlich restriktiver.
- 5 Meldeversäumnisse führen bei Wiederholung zu 30-prozentigen Kürzungen und bei starker Häufigkeit zum Erlöschen des Leistungsanspruchs.
- 6 Sozialbetrug wird konsequent bekämpft.

Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) Überblick – März 2026



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Als MIT müssen wir vor allem danach fragen, ob das neue System geeignet ist, Menschen in Arbeit zu bringen. Carsten Linnemann sagt hierzu: „Wir setzen mit der neuen Grundsicherung konsequent auf schnelle Vermittlung in Arbeit. Die Aktivierung beginnt direkt mit der Antragstellung, und der Vermittlungsvorrang wird gestärkt. Wir stellen stärker als bisher auf die Aufnahme einer Vollzeittätigkeit ab. Gleichzeitig wird klargestellt, dass zumutbare Arbeit auch angenommen werden muss. Damit sorgen wir dafür, dass mehr Menschen den Weg in Beschäftigung finden – und das hilft gerade unseren kleinen und mittelständischen Betrieben, die händeringend Arbeitskräfte suchen.“

Mahnung und Auftrag zugleich

Auch Arbeitsmarktexperten schätzen die neue Grundsicherung generell als sehr positiv ein. Holger Schäfer sagt hierzu: „Die stärkere Stringenz des Sanktionsregimes ist geeignet, mehr Übergänge in Arbeit zu generieren. Ob

es auch dazu kommt, hängt aber auch von weiteren Faktoren ab, etwa der allgemeinen Entwicklung des Arbeitsmarktes.“ Dieser letzte Satz ist Mahnung und Auftrag zu gleich. Auch das effizienteste Grundsicherungssystem wird Arbeitslosigkeit nur dann überwinden, wenn die Wirtschaft aufnahmefähig ist. Auch hier gilt also weiterhin, dass wir als MIT auf Reformen drängen müssen, die unsere Volkswirtschaft wieder wettbewerbsfähig machen.

Versprechen eingehalten

Die CDU ist mit dem Versprechen in den Wahlkampf gegangen, das Bürgergeld durch ein System zu ersetzen, das mehr Verbindlichkeit, Arbeitsanreize und soziale Gerechtigkeit gegenüber dem Steuerzahler enthält. Dieses Versprechen wurde eingehalten!

Doch wir wissen auch, dass es nur ein Baustein in den komplexen Herausforderungen unserer Zeit darstellt. Zum einen gibt es im SGB II noch weitere Baustellen, die in einem zweiten Gesetzespaket angegangen werden

sollen. Zum anderen müssen wir den selben Reformeifer wie in der Grundsicherung auch bei anderen Bereichen haben. Erst in der Summe seiner Teile wird die Wirtschaft und auch die Gesellschaft wieder leistungsfähiger.

Die Würde des Steuerzahlers

Die neue Grundsicherung hat neben den vielen detaillierten Maßnahmen, die mehr Verbindlichkeiten erzeugen und bessere Anreize zur Arbeitsaufnahme setzen, vor allen Dingen wieder soziales Gleichgewicht geschaffen. Denn was in der Debatte um eine würdevolle Ausgestaltung der Grundsicherung von linker Seite immer vergessen wurde, ist, dass auch der Steuerzahler Würde hat. Und diese wird empfindlich verletzt, wenn mit dem erarbeiteten Steuergeld nicht vernünftig umgegangen wird. Dieser Spuk, der sich Bürgergeld nannte, ist nun vorbei.

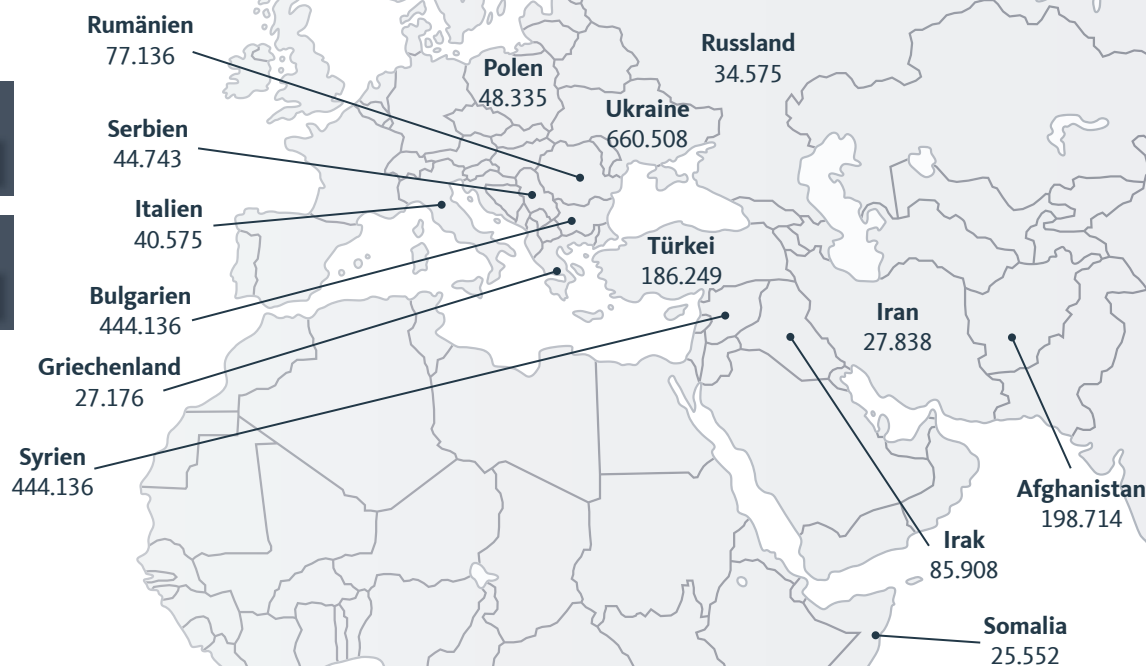


Michael Bestgen
Referent für Arbeit,
Gesundheit und Soziales

Herkunftsort und Personenanzahl von Leistungsempfängern

Dezember 2025

Quelle: Migrationsmonitor der Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung



ZWISCHEN HAUSHALTSDISZIPLIN UND
GLOBALER VERANTWORTUNG

Neue Impulse für Deutschlands Außenwirtschaft



Monatlich wechselnde Zollsätze, wachsende nichttarifäre Handelshemmnisse, eine zunehmende Zahl offener – teils militärisch ausgetragener – Konflikte, massive Störungen wichtiger Handelswege und die schleichende Entfremdung langjähriger Handelspartner prägen die internationale Wirtschaftslage. Für Deutschland als exportorientierte Volkswirtschaft bedeutet dies eine enorme Herausforderung. Besonders mittelständische Unternehmen geraten zunehmend unter Druck: Sie verfügen oft nicht über die finanziellen Rücklagen oder globalen Ausweichmöglichkeiten großer Konzerne und sind daher besonders anfällig für Lieferengpässe, steigende Energiepreise und politische Unsicherheiten.

Der Irankonflikt wirkt dabei wie ein Brennglas für die Verwundbarkeit globaler Lieferketten und Handelsrouten. Sanktionen und geopolitische Spannungen reichen bis in die europäischen Märkte hinein und führen zu steigenden Risiken, Planungsunsicherheit und Wettbewerbsnachteilen für deutsche Unternehmen. Gerade der industrielle Mittelstand, das Rückgrat



Thomas Bareiß,
CDU-Bundestagsabgeordneter

„Eine resiliente Wirtschaft schafft Vertrauen bei internationalen Partnern, sichert Lieferketten und stärkt langfristig die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.“

der deutschen Wirtschaft, ist auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen.

Außenwirtschaftspolitik wird finanziell flankiert

Vor diesem Hintergrund braucht Deutschland eine vorausschauende Außenwirtschaftspolitik. Ziel muss es sein, Absatzmärkte zu diversifizieren, strategische Abhängigkeiten zu reduzieren und die regelbasierte internationale Ordnung zu stärken. Deutschland darf seine wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit nicht verlieren.

Gleichzeitig sind die finanziellen Spielräume begrenzt. Höhere Zins- und Sozialausgaben sowie Investitionen in Infrastruktur, Verteidigung und Energiewende belasten den Bundeshaushalt erheblich. Umso wichtiger ist es, bestehende außenwirtschaftspolitische Instrumente effizienter zu gestalten. Dazu gehören schnellere Genehmigungsverfahren, moderne Exportgarantien, neue Handelsabkommen und der gezielte Abbau von Handelshemmnissen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen benötigen hierbei unbürokratische Unterstützung und bessere Finanzierungsmöglichkeiten.

Neue Herausforderungen erfordern neue Antworten. Der Deutsch-

landfonds setzt genau hier an: Er soll Investitionen in Energie, Digitalisierung und Innovation fördern und privates Kapital mobilisieren. Denn der überwiegende Teil der Investitionen wird weiterhin von Unternehmen getragen – insbesondere vom Mittelstand. Der Fonds bündelt staatliche Garantien, Beteiligungen und Finanzierungsinstrumente, um Investitionshemmnisse abzubauen und Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen.

Mit drei Fonds Investitionen unterstützen

Mit rund 30 Milliarden Euro an öffentlichen Mitteln sollen gezielt Impulse gesetzt werden, um ein Vielfaches an privaten Investitionen auszulösen. Deutschland kann dabei ein attraktives und stabiles Investitionsumfeld bieten. Die staatlichen Mittel dienen bewusst als temporäre Anschubfinanzierung.

Ergänzend stärkt der Rohstofffonds die Versorgungssicherheit mit kritischen Rohstoffen – eine zentrale Voraussetzung für industrielle Wertschöpfung und digitale Transformation. Seit 2024 unterstützt er Projekte zur Rohstoffgewinnung und -verarbeitung. Erste Beteiligungen, etwa im Bereich Seltener Erden, zeigen die strategische Ausrichtung.

Hinzu kommt der Resilienzfonds für den Zivilschutz in der Wirtschaft. Ziel ist es, insbesondere Energieinfrastruktur, Netze und digitale Systeme besser gegen Krisen und hybride Bedrohungen zu schützen. Investitionen in Cybersicherheit, Krisenkommunikation und Ersatzkapazitäten erhöhen die Widerstandsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts insgesamt.

Diese Maßnahmen stärken nicht nur die innere Stabilität Deutschlands, sondern auch seine außenwirtschaftliche Position. Eine resiliente Wirtschaft schafft Vertrauen bei internationalen Partnern, sichert Lieferketten und stärkt langfristig die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. ●

Fazit

Deutschlands Außenwirtschaftspolitik muss sich in einer zunehmend komplexen Welt neu aufstellen. Entscheidend ist, wirtschaftliche Stärke, finanzpolitische Verantwortung und außenpolitische Weitsicht miteinander zu verbinden. Mit Instrumenten wie dem Deutschlandfonds, dem Rohstofffonds und dem Resilienzfonds können private Investitionen mobilisiert, kritische Abhängigkeiten reduziert und insbesondere der Mittelstand nachhaltig gestärkt werden.

EU-Check

In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.



KMU aufgepasst: EU-weite Online-Unternehmensgründung in unter 48 Stunden kommt

Am 18. März soll der Kommissionsvorschlag zum 28. Regime kommen. Es soll eine EU-weit gültige, innerhalb von 48 Stunden vollständig digital gründbare Unternehmensform eingeführt werden – besonders für exportorientierte Start-ups ist das attraktiv. Das Ziel: Gesellschaftsrecht harmonisieren, EU-Binnenmarktpotenzial besser ausschöpfen und Kapitalzugang vereinfachen. Unternehmen sollen ohne zusätzliche Verwaltungsanforderungen oder Neugründung EU-weit aktiv sein können. Wichtig ist die Einführung von standardisierten Dokumenten, E-Rechnungen und die Anbindung an das EU-Business-Wallet. Das Parlament hatte zum 28. Regime im Januar bereits einen Initiativbericht beschlossen.



Umweltomnibus: Chance bei Vereinfachung des Umweltrechts nicht versäumen

In der Umweltgesetzgebung ist das Vereinfachungspotenzial für KMU groß. Der

Umweltomnibus ist hier eine Chance, die wir nicht verstreichen lassen dürfen. Die Liste der Richtlinien, bei denen angesetzt werden muss, ist lang: Industrieemissions-, Vogelschutz- und FFH-Richtlinie, Ökodesign- und Batterie-Verordnung... Einige Aspekte des Vorschlags vom 10. Dezember sind zu begrüßen, wie die Abschaffung der SCIP-Datenbank für besorgniserregende Stoffe. Andere Aspekte, etwa die Vereinfachung der Verpackungsverordnung, die am 12. August 2026 wirksam wird, fehlen komplett. Gleiches für die Ökodesignrichtlinie. Ab 2030 müssen Mittelständler hier detaillierte Produktangaben machen.



Die Jury

Marion Walsmann (CDU) und Markus Ferber (CSU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe

PKM Europe
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

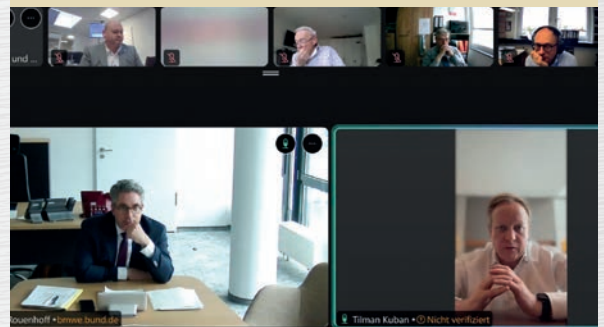
Digitaltalk

Der Iran-Krieg und die Folgen für unsere Wirtschaft

Unter dem Titel „Krieg im Iran: Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft?“ hat sich die MIT am 13. April in einem Digital-Talk mit diesem aktuellen Thema beschäftigt. Als Vertreter der Bundesregierung war MIT-Mitglied Stefan Rouenhoff mit dabei, der als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie auch für die Außenwirtschaft zuständig ist. Er stellte sich den Fragen des interessierten Publikums gemeinsam mit Tilman Kuban, der die AG Europa der CDU/CSU-Bundestagsfraktion leitet.

In seinem Eingangsstatement begründete Rouenhoff die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der großen Herausforderungen, insbesondere für den Mittelstand. In diesem Zusammenhang erläuterte Tilman Kuban die Wirkungen des Kraftstoffmaßnahmenpakets der Bundesregierung, also etwa der Ausweitung der Befugnisse des Bundeskartellamts.

In der anschließenden Diskussion ging es auch um die am selben Tag vorgestellten Maßnahmen der Bundesregierung, wie etwa die Senkung der Energiesteuer für zwei Monate. Thematisiert wurde auch die Einführung der Beweislastumkehr in der Wettbewerbsgesetzgebung sowie die Zielrichtung der Energiepolitik in Deutschland.



Treffen

MIT-Klausurtagung in Schwerin

Am 17. und 18. April kam der MIT-Bundesvorstand in Schwerin zusammen. Im Austausch mit Marion Walsmann, Sprecherin des Parlamentskreises Mittelstand Europe, standen zunächst KMU-relevante Fragen der europäischen Gesetzgebung im Mittelpunkt. Einen besonderen Schwerpunkt des ersten Tages bildeten die Ergebnisse der Finanzkommission Gesundheit sowie die Vorschläge aus dem Bundesgesundheitsministerium. Hierzu diskutierten die Teilnehmer mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Georg Kippels sowie Simone Borchardt, gesundheitspolitische Sprecherin der Unionsfraktion. Im Anschluss gab Christian Rosenkranz von der ibu GmbH einen interessanten Einblick in die Arbeit eines regionalen Bildungsträgers.

Am Abend erhielten die Teilnehmer im Rahmen einer Privatführung spannende Eindrücke vom Schweriner Schloss und dem Landtag. Beim geselligen Ausklang nahm CDU-Spitzenkandidat Daniel Peters die Mitglieder des Bundesvorstands mit in den Maschinenraum des Landtagswahlkampfes in Mecklenburg-Vorpommern.

Der zweite Tag war geprägt von konstruktiven Debatten zur aktuellen politischen Lage. Zudem fasste der Bundesvorstand zahlreiche Beschlüsse – unter anderem zur Zukunft des Emissionshandels, zur Ablehnung von Strafsteuern und zur Einführung von Karenztagen.



Kommunikation



Andreas Kock leitet die Kommunikation der MIT

Seit dem 1. Mai ist Andreas Kock der neue Leiter Kommunikation der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Er betreut damit auch als Chef vom Dienst das von der MIT herausgegebene Mittelstandsmagazin. Andreas Kock arbeitete mehr als 20 Jahre für die Sendergruppe RTL/ntv. Er war sowohl in der Wirtschafts- als auch in der Politikberichterstattung tätig. Zuletzt war Kock Reporter im Ressort Politik

im Berliner Studio von RTL/ntv. Vor seinem Studium der Geschichte hat er im Baufach gearbeitet. Er kann als einer der letzten ost-deutschen Jahrgänge einen Abschluss als Bau-facharbeiter mit Abitur vorweisen. Andreas Kock ist verheiratet und lebt mit seiner Familie in Berlin. Er folgt Dr. Juliane Berndt, die zum 1. April in das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gewechselt ist.

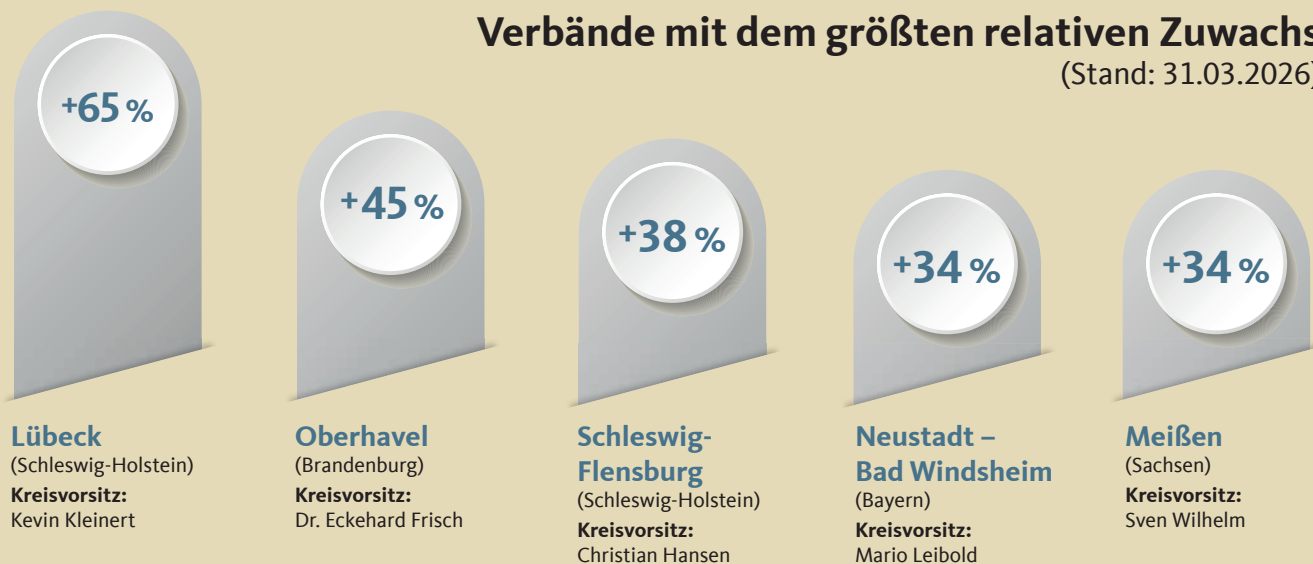


Mitgliederstatistik

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (Stand: 31.03.2026)



Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (Stand: 31.03.2026)



Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs (Stand: 31.03.2026)



Zahlungsverzug

Ausrede Nr. 210

**„Entschuldigung,
leider ist die
Buchhaltung bis
nächste Woche noch
im Urlaub!“**

**Automatisch bereit für die
E-Rechnung mit Sage.**



Bereit für eine nachhaltige Veränderung.

Durch gezielte Investitionen gut aufgestellt in die Zukunft.

Die Sparkassen-Finanzgruppe unterstützt Unternehmen bei ihrer Transformation – mit passgenauen Finanzierungen aus dem starken Verbund von Sparkassen, Landesbanken und Deutsche Leasing.

Weil's um mehr als Geld geht.





INHALT

- 2 Nordrhein-Westfalen**
MITtendrin-Tour zu REFYNE2 nach Wesseling
Arbeitsgemeinschaften der MIT nehmen Arbeit auf
Papstar und Radio Euskirchen auf dem Programm
Regierungspräsident als Dinner-speaker beim Spargelessen
WDR-Intendantin stand Rede und Antwort
- 4 Mecklenburg-Vorpommern**
Mittelstand pur in Mecklenburg-Vorpommern
- 5 Niedersachsen**
Neuwahlen beim MIT-Kreisverband Göttingen
Sommerfest der MIT Niedersachsen in Hildesheim
Griechenland: Reformvorbild für Deutschland?
- 6 Hessen**
Einblicke aus Athen: Die MIT Delegationsreise und das starke Signal aus Griechenland
- 7 Sachsen-Anhalt**
Yves Stephan ist neuer Kreisvorsitzender
- 7 Brandenburg**
Klaistower Gespräche der Wirtschaftsdialog
- 8 Baden-Württemberg**
MIT Baden-Baden/Rastatt stellt sich strategisch neu auf
- 9 Hamburg**
Norddeutsches Garten-Event im Zeichen des digitalen Mittelstands
- 10 Schleswig-Holstein**
Klare Worte zur Wirtschaftspolitik
- 11 Sachsen**
Weniger Last, mehr Leistung: Welches Europa braucht unser Mittelstand?
- 12 Bayern**
MIT-Bundesvorsitzende zu Gast in Niederbayern

MITtendrin-Tour zu REFYNE2 nach Wesseling

Nordrhein-Westfalen. Angela Erwin besuchte als MIT-Landesvorsitzende mit Fachvertretern der Branche den im Bau befindlichen Wasserstoff-Reformer bei Shell im Wesseling. Mit dabei auch der Abgeordnete Thomas Okos aus der Region. Der Verband en2x hatte zum Vor-Ort-Termin eingeladen und dies passt natürlich zu den MITtendrin-Touren der MIT NRW. Wie wichtig es ist, sich die Technologien der Zukunft vor Ort anzusehen und die Interdependenzen zum Beispiel zum Thema Ausbau der Stromnetze oder Ausbau der Pipelinestrukturen zu verstehen, zeigte sich auch hier erneut. Die 100-Megawattanlage wird zukünftig das bereits gebaute 10-Megawatt-Projekt am Standort von Shell ergänzen und zeigt, dass auch die großen Konzerne weiterhin am Standort NRW investieren wollen, wenn die Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen schafft. Wir als MIT sind nah dran und gehen dorthin, wo unsere Industrie an großen Projekten arbeitet.



Foto: MIT NRW

Mit großer Gruppe bei einem Vorzeigeprojekt am Industriestandort NRW. Angela Erwin (Mitte) freute sich auch über die Teilnahme des PKM-Landtagsabgeordneten Thomas Okos (links neben ihr).

Arbeitsgemeinschaften der MIT nehmen Arbeit auf

Nordrhein-Westfalen. Eine ganze Reihe von Arbeitssitzungen finden in den kommenden Wochen statt, bei denen sich die neu konstituierenden Arbeitsgemeinschaften in die Planung ihrer Aktivitäten begeben. Bereits auf der Schiene ist die AG Innovationstransfer, die sich zielgruppengerichtet an Forscher, Universitäten, Innovationstreiber und Technologieunternehmen und -unternehmer richtet. Folgen werden die AG Digitale Wirtschaft und die AG Handel noch im Mai. Erste Planungen der AG Innovationstransfer gehen in Richtung des Fraunhofer Institutes für Hochfre-

quenzphysik und Radartechnik FHR im Herbst. Sie haben auch Interesse an einer Mitarbeit in MIT-Arbeitsgemeinschaften in Nordrhein-Westfalen. Einfach auf unserer Internetseite sich eine raussuchen und uns eine kurze Mail – mit dem Hinweis mit welcher Mailadresse Sie in den Verteiler aufgenommen werden möchten – an info@mit-nrw.de zusenden. Und Sie sollten natürlich MIT-Mitglied sein.

Das Team des „AG Inno“ tagte gut gelaunt in der MIT-Landesgeschäftsstelle und hat unter Führung des Sprechers Prof. Störckuhl viel vor.



Foto: MIT NRW

Papstar und Radio Euskirchen auf dem Programm

Kreis Euskirchen. Gleich zweimal innerhalb eines Monats bot die MIT im Kreis Euskirchen ihren Mitgliedern und Interessierten spannende Besuche. Stefan Simmnacher, der als Landesgeschäftsführer kommissarisch die Geschäfte des Kreisverbandes leitet, koppelte Informationstermine über die Möglichkeiten der Mitarbeit in der MIT gezielt mit Betriebsbesuchen und spannenden Einblicken hinter die Kulissen. Im März ging es zum kleinsten Lokalradio und Privatrado NRWs ins Studio. Chefredakteur Norbert Jeup gab tiefe Einblicke in die Redaktionsarbeit und die Herausforderungen der Lokalsender. Im April ging es dann nach Kall zur Pap Star GmbH. Recycling, nachwach-

sende Rohstoffe und vorbildliche Eventsolution-Konzepte wurden dort von Bernd Born und Tom Kantelberg aus der Unternehmensleitung vorgestellt. Und natürlich gings auch noch ins riesige Hochregallager und in die Distribution. Im Juni soll dann ein neuer Vorstand gewählt werden – aber Appetit auf aktive MIT haben die beiden Termine sicherlich gemacht.



Fotos: MIT KV Euskirchen

Die MIT blickt hinter die Kulissen der Unternehmen und nimmt wichtige Themen mit in die Politik.

Regierungspräsident als Dinnerspeaker beim Spargelessen

Nordrhein-Westfalen. „Ein hohes Maß an Kreativität führt zu Wachstum und stärkt somit die Wirtschaftskraft der Region“, so lautete der Titel des Vortrages des diesjährigen prominenten Gastredners beim Spargelessen der MIT Mülheim an der Ruhr. Und wenn der Regierungspräsident kommt, dann ist die Hütte auch voll. Der Kreisvorsitzende Markus Wellhöner konnte sich über 100 Gäste in Franky's Wasserbahnhof freuen. Und man hatte einen Gastredner gewonnen, der für mehr Menschen zuständig ist, als neun Nationen in der Europäischen Union Einwohner haben. Man kann über ihn somit zu Recht sagen, dass dieser einer der mächtigsten politischen Beamten in Europa ist. Thomas Schürmann als Chef der Bezirksregierung Düsseldorf fühlte sich auch schnell heimisch im Ruhrgebiets-Teil seiner Zuständigkeit: „Man ist ja nicht noch nach Jahren Zugezogener, sondern man ist schnell mittendrin“. Diskussionspunkte waren natürlich Standortbedingungen und Ansiedlungsprojekte, Hemmnisse für Gewerbetreibende und deren Reduzierung, ganz konkret das Planverfahren A52/Ruhrthalbrücke sowie Fördermittelzuweisung. Spannende und auch sehr konkrete Themen, die begleitet waren von sehr positiven Bewertungen der CDU-Politik in Nordrhein-Westfalen.



Foto: MIT KV Mülheim

Dr. R. Fink: Markus Wellhöner und Thomas Schürmann freuten sich über ein volles Haus beim traditionellen MIT-Spargelessen 2026.



WDR-Intendantin stand Rede und Antwort

Nordrhein-Westfalen. „Wenn bei uns etwas beim Mittelstandstag diskutiert und in den Landesvorstand delegiert wird, dann gehen wir auch an das Thema ran“, sagt Angela Erwin. Ende Januar standen beim Mittelstandstag in Dortmund mehrere Anträge auf der Tagesordnung, die sich mit dem Thema Öffentlich-Rechtlicher-Rundfunk beschäftigten. Ein guter Grund dieses Thema direkt mit der Spitze des WDR zu besprechen und einen intensiven Austausch im Rahmen einer Landevorstandssitzung mit Kreisvorsitzenden zu suchen. Intendantin Dr. Katrin Vernau sprach mit der MIT über die notwendigen Reformprozesse – durch die öffentlich-rechtlichen Medien werden gehen müssen. Dabei wurde deutlich, dass diese Notwendigkeit auch in der Chefetage der Sendeanstalten verstanden und gesehen wird. Der Diskurs war dahingehend sehr positiv und die Intendantin zeigte deutlich, dass sie ein offener Gesprächspartner auf Seiten des ÖRR ist.

Mecklenburg-Vorpommern

Mittelstand pur in Mecklenburg-Vorpommern

Schwerin. Am 17. und 18. April fand die Bundesvorstandsklausur der MIT statt. Als Landesverband MV war es uns eine ganz besondere Freude die Mitglieder des Bundesvorstandes zu einer zweitägigen Tagung in Schwerin begrüßen zu dürfen. Im Interesse unserer MIT-Mitglieder haben wir hart in der Sache diskutiert und Beschlüsse gefasst.

Natürlich haben wir auch die Möglichkeit genutzt, unsere schöne Landeshauptstadt Schwerin zu präsentieren. Highlight war sicher der Besuch des Plenarsaals im Schweriner Schloss. Nicht nur der schönste Sitz eines Landtages, sondern seit 2024 auch offiziell Teil des UNESCO-Weltkulturerbes.

Einblicke in die politische Lage vor Ort gab der CDU - Landesvorsitzende Daniel Peters MdL. Besonderer Fokus lag dabei auf die anstehende Landtagswahl im September 2026.



Tagungspräsidium



Dorin Müthel-Brenncke, Gitta Connemann, Daniel Peters



Dorin Müthel-Brenncke im Plenarsaal

Neuwahlen beim MIT-Kreisverband Göttingen

Niedersachsen. Die MIT Göttingen hat bei ihrer letzten Mitgliederversammlung in Seeburg einen neuen Vorsitzenden gewählt: Christian Frölich, Mitglied des Niedersächsischen Landtags sowie Bauunternehmer aus Rosdorf, steht jetzt an der Spitze. Stellvertreter sind Niklas Ercan und Stefan Henkel. Schatzmeister ist Stefan Klute, Pressesprecher Prof. Dr. Eberhard Grein LL.D., Schriftführer Julian Ehbrecht und Beisitzer wurden Timo Albrecht, Sven Buth, Sonja Gerhardy, Philipp Günther, André Hirschel, Johanna Ruch, Jörg Rudolph, Franziska Thyssen, Michael Wirsam und Marlies Schügl.

„Es besteht dringender Handlungsbedarf bei wichtigen Themen“, betonte Christian Frölich. So stünden in Zukunft nach wie vor die Themen Energie-, Personal-, Lohnneben- sowie Materialkosten auf der Agenda. Auch, so Frölich, müsse man dringend einem Aufwuchs an Bürokratie entgegenreten und diese abbauen.

Weitere wichtige Themen für die Unternehmen sieht Frölich aktuell bei Kfz-Anmeldungen bei den Zulassungsbehörden und in der Verkehrspolitik der Stadt Göttingen, in der

maroden Infrastruktur und im Vergaberecht, wo die regionale Wertschöpfung im Vordergrund stehen sollte.

Frölich brachte seine Freude über die Bereitschaft der Mitglieder zum Ausdruck, sich ehrenamtlich und im Sinne der Sache einzusetzen sowie im Vorstand mitzuarbeiten. Und: Ziel sei es nun, weitere Interessierte aus den Regionen des Landkreises und unterschiedlichen Branchen zu mobilisieren. Hier sollten in Zukunft Netzwerke und Expertise genutzt

werden, um Themen zu identifizieren und gezielte Veranstaltungen mit Fachverbänden der Branchen durchzuführen sowie auch in Betrieben selbst oder in verschiedenen Geschäftsstellen.

MdL Christian Frölich dankte zum Schluss seinem Vorgänger Niklas Ercan für sein zurückliegendes Engagement und äußerte wegen dessen Familiengründung sowie starkem beruflichen Engagement in herausfordernden Zeiten Verständnis für seinen Rückzug aus der vorderen Reihe.



Foto: Luca Philipp Heinemann

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion Göttingen hat ihren Vorstand neu gewählt:
3.v.r. Vorsitzender und MdL Christian Frölich im Kreis eines Teils der neuen Vorstandsmitglieder.



Gute Stimmung beim MIT-Sommerfest 2025

Sommerfest der MIT Niedersachsen in Hildesheim

Hildesheim. Die MIT Niedersachsen lädt alle Mitglieder und Freunde herzlich zum diesjährigen Sommerfest nach Hildesheim ein.

Am Mittwoch, den 26. August 2026, erwartet die Gäste von 18:00 bis 22:00 Uhr ein sommerlicher Abend mit guten Gesprächen, neuen Kontakten und einem intensiven Austausch mit Unternehmerinnen und Unternehmern aus Niedersachsen und darüber hinaus.

Die Anmeldung ist bereits möglich unter:

[www.mittelstand-niedersachsen.de/
events/nds-sommerfest-2026](http://www.mittelstand-niedersachsen.de/events/nds-sommerfest-2026)



Foto: MIT NDS

Griechenland: Reformvorbild für Deutschland?

Athen. Noch vor wenigen Jahren galt Griechenland als Symbol der europäischen Schuldenkrise. Bei einer Europa-reise der MIT nach Athen zeigte sich, wie mutige Reformen, klare Prioritäten und konsequente Digitalisierung einen Staat wieder stark machen können.

Die Ausgangslage war dramatisch: Rund 40 Prozent der Vermögen wurden vernichtet. Familien mussten ihre gesamte Lebensrealität neu ordnen, viele Kinder zogen zurück zu ihren Eltern. Die Krise war nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich tief spürbar.

Doch Griechenland hat die Krise genutzt.

■ Wirtschaftliche Erholung

In den vergangenen fünf Jahren wuchs die Wirtschaft deutlich stärker als im EU-Durchschnitt. Nicht durch Verwalten, sondern durch Reformen.



Foto: MIT NDS

Gruppenbild der ersten MIT-Europareise nach Athen

■ Fokus auf Bildung

Griechische Familien investieren privat deutlich stärker in die Bildung ihrer Kinder als wir in Deutschland. Bildung wird als Schlüssel für Aufstieg und Zukunft verstanden.

■ Digitalisierung als Gamechanger

Mit *Βρείτε τη δημόσια υπηρεσία που θέλετε - Gov.gr* hat Griechenland ein digitales Bürgerbüro geschaffen, das den Staat direkt aufs Smartphone bringt:

- ✓ über 1.500 Verwaltungsleistungen auf einer Plattform
- ✓ digitale Identität & elektronische Vollmachten
- ✓ Unternehmensgründungen oft innerhalb eines Tages
- ✓ Dokumente, Bescheinigungen und Anträge komplett digital

Während der Energiekrise wurden sogar Tankgutscheine direkt per App ausgezahlt – schnell, zielgenau und ohne bürokratische Umwege.

Griechenland zeigt:

Eine schwere Krise kann der Startpunkt für echten Fortschritt sein.

Deutschland braucht jetzt genau diesen Mut:

Weniger Verwalten. Mehr Gestalten.

Weniger Stillstand. Mehr Zukunft.

Hessen

Einblicke aus Athen: Die MIT Delegationsreise und das starke Signal aus Griechenland

Vom 29. April bis 1. Mai 2026 nahm eine Delegation der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) an einer Reise nach Athen teil, um zehn Jahre nach der Staatsschuldenkrise einen aktuellen Blick auf die wirtschaftliche, politische und digitale Entwicklung Griechenlands zu werfen. Für Steffen Reitz, Landesvorstandsmitglied der MIT Hessen und Vorsitzender der Landesfachkommission Digitales, war diese Reise informativ und inspirierend.

Unter dem Titel „10 Jahre nach der Staatsschuldenkrise – Das Wirtschaftswunder von Hellas“ bot die De-

legationsreise ein dichtes Programm aus Gesprächen im griechischen Parlament, Unternehmensbesuchen sowie Austauschformaten mit Institutionen und Expertinnen und Experten. Dabei wurde deutlich, wie konsequent Griechenland in den vergangenen Jahren Reformen umgesetzt und Modernisierung vorangetrieben hat.

Besonders beeindruckend war die Entwicklung der digitalen Verwaltung. Was vor einem Jahrzehnt noch als schwerfälliges System galt, präsentiert sich heute als effizient, bürgernah und technologisch fortschrittlich. Für



Foto: MIT Hessen

Steffen Reitz ist dies ein Paradebeispiel dafür, wie entschlossenes politisches Handeln und klare Prioritäten zu sichtbaren Erfolgen führen können.

„Die Menschen in Griechenland haben ihr Herz am rechten Fleck. Gemeinsam mit ihren internationalen Partnern haben sie in den vergangenen zehn Jahren Großes geleistet. Griechenland ist heute ein Land der Effizienz, das strukturiert und zielgerichtet vorangeht“, so Steffen Reitz.

Neben der Digitalisierung standen auch Industrie, Bildung, Klimaschutz und Landwirtschaft im Fokus. Die

Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern und Wirtschaftsvertretern machten deutlich, dass Griechenland innerhalb Europas an Bedeutung gewinnt – wirtschaftlich wie geopolitisch. Die Fortschritte des Landes senden ein starkes Signal an Europa: Transformation ist möglich, wenn Mut, Klarheit und Entschlossenheit zusammenkommen.

Zum Abschluss richtete Steffen Reitz einen persönlichen Wunsch an das Land: „Ich wünsche allen Griechinnen und Griechen sowie dem Land Griechenland weiterhin viel Erfolg –

und vor allem eine friedliche, sichere und glückliche Zukunft.“

Dank an die MIT Niedersachsen

Ein besonderer Dank gilt der MIT Niedersachsen, die diese Delegationsreise mit großer Professionalität, hervorragender Organisation und viel Engagement vorbereitet und begleitet hat. Ihre Arbeit hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Reise für alle Teilnehmenden ein voller Erfolg wurde.

Sachsen-Anhalt

Yves Stephan ist neuer Kreisvorsitzender

Sachsen-Anhalt. Der MIT-Kreisverband Halle-Saalekreis hat im Rahmen seiner jüngsten Mitgliederversammlung am 08.04.2026 einen neuen Vorstand gewählt. An der Spitze des Kreisverbandes steht künftig der neu gewählte Vorsitzende Yves Stephan, der von zwei stellvertretenden Vorsitzenden Sirko Scheffler und Friedrich Weiss unterstützt wird. Komplettiert wird das Führungsteam durch die neu gewählte Schatzmeisterin Claudia Franke.

Der Vorstand betonte in seiner ersten Stellungnahme die Bedeutung einer starken mittelständischen Stimme in der Region und wird den Dialog mit den Mitgliedern sowie mit lokalen Unternehmen neu denken und intensivieren.

Mit der Neuwahl sieht sich der Kreisverband gut aufgestellt, um die anstehenden politischen Herausforderungen aktiv anzugehen und die Interessen des Mittelstands wirkungsvoll zu vertreten.



Foto: MIT SA

Der neue Vorstand des MIT-Kreisverband Halle-Saalekreis.

Brandenburg

Klaistower Gespräche der Wirtschaftsdialog

Brandenburg. Zusammen mit der MIT-Bundesvorsitzenden und Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Gitta Connemann, haben wir bei den Klaistower Gesprächen von Dr. Saskia Ludwig MdB über die aktuelle Situation des Mittelstands gesprochen. Der voll besetzte Saal hat deutlich gemacht, wie sehr diese Themen die Unternehmer in der Region beschäftigen.

Bürokratieabbau, Fachkräftemangel, Energiekosten – die Herausforderungen für unsere Unternehmen sind bekannt. Allzu oft fehlen jedoch noch konkrete Lösungen.



Fotos: Büro Dr. Saskia Ludwig MdB

Gitta Connemann MdB, MIT Bundesvorsitzende u. PSts Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

MIT Baden-Baden/Rastatt stellt sich strategisch neu auf

Rastatt. Mit der neuen Führungsspitze setzt die MIT Baden-Baden/Rastatt bewusst auf unternehmerische Erfahrung statt theoretischer Ansätze. An der Spitze stehen künftig drei Persönlichkeiten, die den Mittelstand nicht nur vertreten, sondern selbst täglich leben: Mit Dr. Dagmar Wilbs als Vorsitzende sowie ihren Stellvertretern Guido Heft und Dirk Spieker übernimmt ein Team Verantwortung, das die Herausforderungen von Unternehmen aus eigener Erfahrung kennt – aus Vorstandsetagen, aus der Selbstständigkeit und aus der steuerlichen Beratung.

Starke Führung mit klarem Anspruch

Dr. Wilbs bringt umfangreiche Erfahrung aus Wirtschaft und Beratung mit. Ihre beruflichen Stationen umfassen unter anderem Tätigkeiten bei Hewlett Packard, Whirlpool Bauknecht, Roland Berger und PricewaterhouseCoopers. Seit 2023 engagiert sie sich in der MIT und hat sich in kurzer Zeit als profilierte Stimme des Mittelstands etabliert.

Inhaltlich setzt sie klare Schwerpunkte: eine stärkere Einbindung der Mitglieder, gezielte Mitgliedergewinnung sowie neue Veranstaltungsformate, die noch näher an der unternehmerischen Realität ausgerichtet sind.



Die neue Vorsitzende Dr. Dagmar Wilbs und Vorgängerin des MIT Kreisverbands Baden-Baden/Rastatt Dr. Anemone Bippes

Dank und Anerkennung

Nach mehr als sechs Jahren an der Spitze der MIT Baden-Baden/Rastatt trat die bisherige Vorsitzende Dr. Anemone Bippes nicht erneut zur Wahl an. In ihrer Abschiedsrede machte sie deutlich, dass dieser Schritt bewusst und aus persönlicher Verantwortung erfolgt sei.

Ihre Arbeit wurde in zahlreichen Wortbeiträgen gewürdigt. Sie hat die MIT über viele Jahre hinweg verlässlich geführt, Strukturen aufgebaut und den Verband als starke Stimme des Mittelstands in der Region etabliert. Besonders hervorgehoben wurden ihr Engagement, ihre Kontinuität und ihre Fähigkeit, Menschen zusammenzubringen.

Solide Basis für die Zukunft

Im Tätigkeitsbericht wurde die Arbeit der vergangenen Jahre umfassend dargestellt. Dazu gehörte unter anderem eine erfolgreiche Veranstaltung mit dem Spitzenkandidaten Manuel Hagel und Dr. Alexander Becker in Kuppenheim, die exemplarisch für praxisnahe und unternehmerorientierte Formate steht.

Zudem wurden innerhalb der MIT neue Arbeitsstrukturen etabliert. Mit gezielten Arbeitsgruppen – etwa zu Veranstaltungsformaten, Unternehmertreffen, Mitgliedergewinnung sowie der engeren Zusammenarbeit mit der CDU – wurde eine belastbare Grundlage geschaffen, auf der künftig weiter aufgebaut werden kann.

Klare politische Analyse

Ein weiterer Schwerpunkt des Mittelstandstages war die Analyse der aktuellen politischen Lage durch die Gäste Dr. Alexander Becker MdL, Cornelia von Loga MdL sowie den Ehrenvorsitzenden Rolf Buttkus.



Der neue Vorstand des Kreisverbands Baden-Baden/Rastatt. Neue Kreisvorsitzende Dr. Dagmar Wilbs, dritte von links

Dabei wurde deutlich: Die CDU ist vor Ort gut verankert, muss jedoch politisch wieder klarer und profilierter auftreten. Zwar konnten zahlreiche Direktmandate gewonnen werden, dennoch reichte es landesweit nicht für die stärkste Kraft. Als wesentliche Ursache wurde insbesondere ein schwacher digitaler Wahlkampf identifiziert.

Zugleich wurde offen angesprochen, dass es nicht gelungen ist, ausreichend Wähler aus dem rechtskonservativen Spektrum zurückzugewinnen. Diese ehrliche Analyse wurde von den Teilnehmern ausdrücklich begrüßt.

Aufbruch mit klarer Zielsetzung

Der Kreismittelstandstag hat gezeigt: Die MIT Baden-Baden/Rastatt ist bereit für den nächsten Schritt. Mit neuer Führung, klaren Strukturen und einem realistischen Blick auf die politischen Herausforderungen stellt sich der Verband neu auf.

Der Anspruch ist eindeutig: mehr Nähe zum Mittelstand, mehr Schlagkraft in der politischen Arbeit und mehr konkrete Lösungen für die Praxis. Künftig wird die MIT Baden-Baden/Rastatt von Dr. Dagmar Wilbs gemeinsam mit ihrem Vorstandsteam geführt – getragen von dem Ziel, den Mittelstand noch stärker zu vertreten und aktiv zu gestalten.

Norddeutsches Garten-Event im Zeichen des digitalen Mittelstands

Hamburg. Am Vorabend des OMR-Festivals haben die MIT-Landesverbände Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern am 4. Mai zum MIT Nord Digital Meeting eingeladen. Im Garten der Hamburger CDU-Landesgeschäftsstelle erlebten rund 80 Gäste einen Abend in bester Stimmung bei passendem Wetter und Leckerem vom Grill – spätestens jetzt wissen wir: Petrus ist MIT-Mitglied!

Gemeinsam mit engagierten Unternehmerinnen und Unternehmern haben wir darüber gesprochen, wie der Mittelstand die digitale Transformation aktiv gestalten kann – praxisnah, lösungsorientiert und mit klarem Blick nach vorn. Die Speaker Dalia Das (u.a. neue fische), Thomas Holst (btnord), Fabian Beine (Digitalbeauftragter der Bundes-CDU) und Patrick Pietruck (WebNetz) gaben wertvolle Impulse aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln.

Für uns ist klar: Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern der Schlüssel für Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und gute Arbeitsplätze.

Großen Dank an alle Beteiligten für die ehrlichen Einblicke und offenen Diskussionen – so geht vernetzter Mittelstand. Dank gebührt last but not least unseren Unterstützern und Sponsoren, die alle dieses Event organisatorisch wie finanziell möglich gemacht haben – sehr gern wieder!



Dalia Das, Investorin und Gründerin von neuefische – School and Pool for Digital Talent.



Dr. Antonia Goldner MdHB, Holger Bormann, Dorin Mützel-Brennke und Stefan Lange (v. l.), die Landesvorsitzenden der vier ausrichtenden Nordverbände der MIT.



Gelungener Abend rund ums Digitale.

Digitale Themen analog: angeregte Impulse im Garten der Hamburger CDU.



Hamburgs Landesvorsitzende Dr. Antonia Goldner MdHB im Gespräch mit Thomas Holst, Chef des IT-Systemhauses BT Nord.



Klare Worte zur Wirtschaftspolitik

Pahlen. Auf Einladung des MIT-Kreisverbandes Dithmarschen fand in Pahlen erneut die Veranstaltungsreihe „Politik trifft Handwerk“ statt. Zahlreiche Unternehmerinnen und Unternehmer aus der Region nutzten die Gelegenheit zum direkten Austausch mit Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen.

Der MIT-Kreisvorsitzende Bernd Wilke und CDU-Bezirksvorsitzender Joachim Ebert konnten neben dem Minister auch zahlreiche Gäste aus Politik, Wirtschaft und Handwerk begrüßen. Unter ihnen befanden sich der MIT-Landesvorsitzende Stefan Lange, MIT-Landesgeschäftsführer Thomas Klömmel, der Landtagsabgeordnete Andreas Hein sowie der Präsident der Handwerkskammer Flensburg, Jörn Arp. Rund 60 Gäste nahmen an der Veranstaltung teil.

In seinem Vortrag sprach Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen offen über die derzeit angespannte wirtschaftliche Lage in Deutschland und Schleswig-Holstein. Dabei sparte er auch nicht mit kritischen Anmerkungen zu einzelnen wirtschaftspolitischen Ansätzen der Bundesregierung. Besonders intensiv diskutiert wurde die Idee einer steuerfreien 1.000-Euro-Prämie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Viele der anwesenden Unternehmer äußerten Zweifel an der Wirksamkeit einer solchen Maßnahme. Statt einmaliger Prämien brauche es aus Sicht des Mittelstands vielmehr nachhaltige Entlastungen bei Steuern, Energiepreisen und Bürokratie, um Unternehmen und Beschäftigte dauerhaft zu stärken.

Auch die Energiepolitik sorgte für lebhafte Diskussionen. Kritisch bewertet wurden insbesondere Überlegungen, bei der Abschaltung neuer Windkraftanlagen keine Vergütung mehr zu zahlen. Viele Unternehmer befürchten dadurch erhebliche Investitionshemmnisse für den Windkraftstandort Schleswig-Holstein. Gleichzeitig wurde hervorgehoben, dass die Rüstungsindustrie im Norden zunehmend an Bedeutung gewinnt und sich zu einem wichtigen industriellen Faktor entwickelt.



Die aktuelle Politik sorgte für lebhafte Diskussionen



Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen

Die Veranstaltung machte erneut deutlich, wie wichtig der direkte Dialog zwischen Politik, Handwerk und Mittelstand ist. Gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten braucht es praxisnahe Lösungen, verlässliche Rahmenbedingungen und eine Politik, die die Realität der Betriebe ernst nimmt. Beim anschließenden Imbiss wurden die Gespräche in lockerer Atmosphäre an den Stehtischen fortgesetzt und zahlreiche Kontakte vertieft.

Ganz besonders gefreut hat sich der Landesvorsitzende Stefan Lange, dass der Minister den Abend nutzte, um selbst Mitglied der MIT in seinem Heimatkreisverband Schleswig-Flensburg zur werden.



Fotos: MIT SH

Weniger Last, mehr Leistung: Welches Europa braucht unser Mittelstand?

Dresden. Im Rahmen ihrer Online-Veranstaltungsreihe „Politikradar“ lud die MIT Sachsen am 13. April zur Diskussion über die Zukunft Europas aus mittelständischer Sicht ein. Als Gast war der sächsische Europaabgeordnete Oliver Schenk (CDU/EVP) geladen. Moderiert wurde der Abend von Agata Reichel-Tomczak, stellvertretende MIT-Landesvorsitzende, Unternehmerin und Außenwirtschaftsexpertin.

Binnenmarkt als größte Chance

Im Zentrum stand eine klare Diagnose: Der europäische Binnenmarkt schöpft sein Potenzial noch immer nicht aus. Der Draghi-Report belegt, dass interne Handelshemmnisse wie Zölle von bis zu 40 Prozent innerhalb der EU wirken. Oliver Schenk machte deutlich: „Wir müssen in Europa enger zusammenstehen und die verbleibenden Barrieren im Binnenmarkt konsequent abbauen. Auf dieser Grundlage kann unsere Wirtschaft wieder nachhaltig wachsen.“ Der Abbau interner Hürden und die Stärkung des Binnenmarktes wurden einhellig als größte Stellschraube für die Wettbewerbsfähigkeit der EU bewertet.

Agata Reichel-Tomczak brachte die Stimmung in den Unternehmen auf den Punkt: „Der Mittelstand macht sich Sorgen um den Standort Deutschland. Wir brauchen wieder Zuversicht, um zu investieren. Die Unternehmen wollen wettbewerbsfähige und faire Rahmenbedingungen in Europa – und sie wollen hierbleiben und wachsen können.“

Breites Themenspektrum, klare Positionen

Die Veranstaltung deckte ein weites politisches Feld ab. Bei der EU-Förderpolitik sprach man sich klar für ei-

ne dezentrale Struktur des künftigen Mehrjährigen Finanzrahmens aus: Die Regionen – nicht die Nationalstaaten – sollen über den Einsatz der Mittel entscheiden. Neue Freihandelsabkommen mit Mercosur, Indien und Australien wurden als Chancen bewertet, die es entschlossen zu nutzen gelte. Beim Thema der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands herrschte Einigkeit, dass der EU AI Act und bestehende arbeitsrechtliche Hürden häufig den lokalen innovativen Unternehmen im Wege stehen.

Deutliche Worte gab es zum „Gold Plating“: Die deutsche Praxis, EU-Recht mit zusätzlichen nationalen Auflagen zu verschärfen, wurde klar abgelehnt. Unnötige Bürokratielasten seien nicht länger tragbar. Auch die EU-Förderung von NGOs mit fragwürdigen Zielen oder Arbeitsweisen soll künftig kritischer bewertet werden.

Sachsen als Beispiel europäischer Förderpolitik

Kaum eine Region habe so stark von der europäischen Integration profitiert wie Sachsen, so Schenk – mit einer einzigartigen Forschungslandschaft und einem führenden Mikroelektronik-Standort. Die Bewerbung Sachsens um den Standort des geplanten Einstein-Teleskops wurde als strategische Großchance hervorgehoben. Auch die EU-Osterweiterung vor 22 Jahren wurde positiv bilanziert: Allein in Sachsen leben rund 90.000 EU-Bürger aus den neuen Mitgliedstaaten, die überwiegend berufstätig und fester Bestandteil des wirtschaftlichen Gefüges sind. Für die Agrarwirtschaft gab Schenk Entwarnung: Eine große Kürzungswelle sei derzeit nicht vorgesehen.



Weniger Last, mehr Leistung: welches Europa braucht unser Mittelstand?

MIT Sachsen: „Politikradar“

Ein neues Geschäftsmodell für Europa

Grundsätzlicher Konsens bestand darin, dass Europa in globalen Prozessen zu oft eine passive Rolle spielt. Gefragt seien Technologien, die weltweit einzigartig und gefragt sind. Der Politikradar der MIT Sachsen lieferte Diagnose und Forderungen zugleich – und zeigte: Der Mittelstand denkt europäisch, aber erwartet ein Europa, das zurückdenkt.

Die Reihe „Politikradar“ der MIT Sachsen bringt regelmäßig Unternehmer und politische Entscheidungsträger in den direkten Dialog.

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Bundesgeschäftsstelle
Schadowstraße 3 · 10117 Berlin

Redaktion

V. i. S. d. P. für die MIT-Landesverbände:

- Baden-Württemberg: Marcel Bonnet
info@mit-bw.de
- Bayern: N.N.
mu@csu-bayern.de
- Berlin: Stefan Böhm
stefanboehm@mit-berlin.de
- Brandenburg: Jan Jacobi
info@mit-bb.de
- Bremen: Dipl.-Ing. Thomas Ventzke
info@cdu-bremerhaven.de
- Bremerhaven: Dipl.-Ing. Thomas Ventzke
info@cdu-bremerhaven.de
- Hamburg: Oliver Spatz
oliver.spatz@mittelstand-hamburg.de
info@mittelstand-hamburg.de
- Hessen: Simon Filipp
geschaeftsfuehrer@mit-hessen.de
- Mecklenburg-Vorpommern: Ulrike Mischke
mail@mit-mv.de
- Niedersachsen: Steffen Preugschat
preugschat@mit-niedersachsen.de
- Nordrhein-Westfalen: Stefan Simmnacher
stefan.simmacher@mit-nrw.de
- Rheinland-Pfalz: Helmut Klapheck
helmut.klapheck@mit-rlp.de
info@mit-rlp.de
- Saarland: Dennis Detzler
dennis.detzler@saar.cdu.de
- Sachsen: Erik Mohwinkel
post@mit-sachsen.de
- Sachsen-Anhalt: Tobias Schmidt
schmidt@cdufraktion.de
- Schleswig-Holstein: Thomas Klömmner
mit@cdu-sh.de
- Thüringen: Prof. Dr. Regina Polster
mit.erfurt.polster@gmail.com
Rocky Keutterling
R.keutterling@googlemail.com

Verlag und Druck

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802213
Telefax: 02226 802222
E-Mail: mit-mittelstandsmagazin@ubg365.de

Projektleitung

Sonja Bach-Meiers
E-Mail: verlag@ubg365.de

Redaktion

Gabriele Grabowski
E-Mail: mit-mittelstandsmagazin@ubg365.de

Art-Direktion

UBG, Betriebsstätte Berlin

Titelbilder

MIT NRW, KV Euskirchen, KV Mülheim, MIT Hessen,
MIT Hamburg / Büro Dr. Saskia Ludwig MdB,
MIT Hamburg / Philipp Ziebart, MIT Mecklenburg-
Vorpommern, MIT Sachsen-Anhalt, MIT Bayern,
MIT Schleswig-Holstein, MIT Baden-Baden/Rastatt

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung
nur mit Genehmigung der MIT.

Bayern**MIT-Bundesvorsitzende zu Gast in Niederbayern**

Im Rahmen einer Niederbayertour hat die Mittelstands-Union gemeinsam mit der MIT-Bundesvorsitzenden Gitta Connemann MdB ein deutliches Signal gesetzt: Wer die Wirtschaft stärken will, muss ihr zuhören – und zwar dort, wo täglich Wertschöpfung entsteht.

Der Dialog mit international tätigen Industrieunternehmen, einem Unternehmen der Bau- und Ziegelinindustrie und der Systemgastronomie, stand ganz im Zeichen dieses Anspruchs. Für die Mittelstands-Union ist klar: Sie versteht sich nicht als Beobachter, sondern als aktive Stimme des Mittelstands – und als Bindeglied zwischen unternehmerischer Praxis und politischer Entscheidung.

**Gitta Connemann MdB:
Zuhören, einordnen, handeln**

Gitta Connemann MdB brachte dabei nicht nur ihre politische Verantwortung als Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion ein, sondern auch ihre Rolle als Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung.

Dabei wurde eines besonders deutlich: Die Probleme sind bekannt. Bürokratie, hohe Kosten, Fachkräftemangel und eine zunehmende Regulierungsdichte belasten den Mittelstand spürbar. Entscheidend ist jetzt, dass aus dieser Erkenntnis auch konkrete Verbesserungen entstehen.

Connemann machte klar, dass an vielen dieser Punkte bereits intensiv gearbeitet wird – etwa beim Bürokratieabbau, bei der Entlastung der Betriebe und bei praxistauglicheren Regelungen. Gleichzeitig sprach sie offen über die politischen Realitäten: Wer keine eigene Mehrheit hat, muss Veränderungen im Zusammenspiel mit Koalitionspartnern durchsetzen. Genau deshalb braucht es eine starke Interessenvertretung wie die Mittelstands-Union.



Fotos: MIT Bayern

**Die Mittelstands-Union als
Stimme der Praxis**

Die gemeinsame Botschaft von Mittelstand und Mittelstands-Union ist eindeutig: Deutschland hat kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem.

Damit sich etwas ändert, reicht es nicht, Missstände intern zu diskutieren. Es braucht öffentliche Unterstützung für Reformen und für diejenigen, die sie politisch vorantreiben.

Die Niederbayertour hat gezeigt, was den Mittelstand auszeichnet: Innovationskraft, Verantwortungsbewusstsein und die Bereitschaft, täglich Leistung zu bringen – unter oft schwierigen Bedingungen.

Gitta Connemann und die Mittelstands-Union stehen dafür, diesen Betrieben wieder mehr Luft zum Atmen zu verschaffen. Weniger Bürokratie, mehr Vertrauen und verlässliche Rahmenbedingungen sind der Maßstab.

